

Generalsekretär Peter Hintze:

Mit Christian Wulff Niedersachsen für die CDU zurückgewinnen

Erstes Thema: Die Krise im Nahen Osten

„Die USA haben unseren vollen politischen und moralischen Rückhalt. Amerika hat in schweren Zeiten zu uns gestanden, und es ist für uns selbstverständlich, daß wir jetzt auch zu Amerika stehen.“

Einstimmig hat der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 9. Februar im Konrad-Adenauer-Haus die Position des Bundeskanzlers bestätigt, wonach die Bundesrepublik Deutschland im Konflikt der Weltgemeinschaft mit dem Irak den Vereinigten Staaten von Amerika jede gewünschte Hilfe leisten werde.

Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz nach der Bundesvorstandssitzung: „Die Sicherheit der ganzen Welt ist bedroht, wenn ein aggressives System biologische und chemische Waffen produziert, auf Trägersysteme montiert und damit heute den Nahen Osten, morgen Europa und übermorgen die ganze Welt bedroht.“

Wenn es militärisch geboten ist, ist die Bundesrepublik selbstverständlich damit einverstanden, daß die Amerikaner für Vergeltungsaktionen gegen Saddam Hussein auch ihre Militärbasen auf deutschem Boden nutzen.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Landtagswahl

Christian Wulff: Immer mehr wollen einen Neuanfang in Niedersachsen. Seite 5

● Beschäftigung

Arbeit ist genug vorhanden. Antrag der Koalitionsfraktionen. Seite 11

● Innere Sicherheit

Innensenator Borttscheller: Die SPD ist kein verlässlicher Partner. Seite 14

● Kurz & bündig

ARGUMENTE. Zum Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Seite 31/32

● Dokumentation

Das Dilemma der SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik. Grüner Teil

● UiD-Extra

Wolfgang Schäuble: Deutschland vor der Europäischen Währungsunion. Innenteil

Kurz & gut

Ein deutlicher
Konjunkturschub

für die deutsche Wirtschaft ist von der EXPO 2000 zu erwarten. Unabhängige Gutachter beziffern den Effekt der Weltausstellung mit mindestens 15 Milliarden Mark.

Mit einem
Anstieg von
4,3 Prozent

bei den Unternehmensinvestitionen - gegenüber nur einem Prozent in 1997 - rechnet das Institut für Wirtschaftsforschung Halle in diesem Jahr. 6,9 Prozent höhere Investitionen allein bei den Ausrüstungen werden höchstwahrscheinlich auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Folge haben.

Jede zehnte
D-Mark

aller Ausgaben in Deutschland fließt in die Bildung. 1995 waren es nach einer Studie der Uni Essen insgesamt 330 Milliarden Mark: 170 Milliarden aus öffentlichen Haushalten, 160 Milliarden aus Familien, Wirtschaft und privaten Institutionen.

Bei 20 bis
25 Prozent

der verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen in Bayern konnten polizeilich gesuchte Personen festgenommen werden. Um 43 Prozent hat sich seit Inkrafttreten des entsprechenden Landesgesetzes die Rate sichergestellten Diebesbetrugs verbessert.

In zehn Jahren
„Erasmus“

haben rund 95.000 deutsche und insgesamt 500.000 europäische Studenten das EU-Austauschprogramm genutzt. Die Bundesrepublik will Gastdozenten aus dem europäischen Ausland verstärkt fördern und damit „mehr Internationalität“ der Lehre an deutschen Hochschulen erreichen.

An Geschmacklosigkeit nicht mehr zu überbieten

Einen Skandal hat der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Paul Breuer, die Begründung genannt, mit der der stellvertretende SPD-Vor-

sitzende Thierse Rekruten-Gelöbnisse am 13. August in Berlin ablehnt. Wenn sich Thierse angesichts der Verpflichtung von jungen Bundeswehrosolda-

ten auf die freiheitliche Verfassung des demokratischen Rechtsstaats ausgerechnet an die Betriebskampfguppen der ehemaligen DDR erinnert

fühlt, müsse man nach der „geistigen Orientierung“ dieses führenden SPD-Präsidenten fragen. Er brüskiert mit dem Vergleich die Wehrpflich-

tigen und deren Familien, indem er ihnen das Recht abspricht, das feierliche Gelöbnis im würdigen Rahmen öffentlicher Anteilnahme zu begeben.

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
5**

**„Kein Wagner ohne Risiko.
Das größere Risiko liegt aber
darin, es nicht zu wagen.“**

Wolfgang Schäuble macht Mut
zum Schritt in die Selbständigkeit
durch Existenzgründung

Herbert Reul: Der Streit in der SPD hat unsere
Ausgangsposition verbessert

Das Denkmal Rau beginnt zu bröckeln. Das hat auch der beste Parteitagsskitt in Dortmund nicht verhindern können. Rau hat seinen Wahlspruch „Wandel braucht Zeit“ auch in der SPD umgesetzt. Darum blieb zwar alles erst einmal beim „Alten“. Keine neue Politik, kein Aufbruch, keine Reformen!

Aber die nordrhein-westfälische SPD, die lange Zeit als unschlagbar galt, hat einen Knacks bekommen. Einen tiefen Riß sogar lassen die Stellvertreter-Wahlen erkennen: Clement hat Prozente verloren, Behler ist abgestraft worden.

Raus Nachfolge bleibt ungelöst. Clement resigniert inzwischen und vermutet: „Der bleibt so lange im Amt, bis ich älter bin als er.“

Rot-pur gegen Rot-grün

Ob Knacks oder Riß: Aus der ehemaligen Harmonie-Partei ist eine Konfliktpartei geworden: Unversöhnlich stehen sich Rot-pur um Matthiesen und Clement und Rot-grün um Behler, Brunn und Horstmann gegenüber.

Weil er unbedingt im zweiten Anlauf Bundespräsident werden will, steht Rau im rot-grünen Lager. Denn nur bei einem rot-grünen Sieg im Herbst kann sein Traum vom höchsten Staatsamt wirklich werden.

Rau aktiv in eigener Sache

Auch der „Stern“ hat es bemerkt: „Nachdem er jahrelang im Phlegma lag, wird der Alte jetzt wieder aktiv. Allerdings: Der Ministerpräsident dient damit vor allem seiner eigenen Sache.“

CDU-Generalsekretär Herbert Reul: „Für die CDU hat sich die Ausgangsposition durch den Streit in der nordrhein-westfälischen SPD verbessert. Auch wenn sich das noch nicht sofort in Wählerstimmen für uns niederschlägt: Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, was Rot-Grün bedeutet: Stillstand auf der ganzen Linie. Es ist deshalb unsere Aufgabe, den Menschen überall in Deutschland klarzumachen, was zu erwarten ist, sollte Rot-Grün auch in Bonn die Regierungsmacht erhalten.“

Natürlich gibt es Armut

Aber einzig und allein um das Bild einer „Armut-Gesellschaft“ zu zeichnen, habe die SPD im Bundestag einen Armuts- und Reichtumsbericht beantragt. Wenn dann auch noch jeder, der über weniger als 50 % des monat-

lichen Durchschnittseinkommens verfügt, als arm gelten sollte, würde es - so der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann - in Sizilien weniger Arme geben als in Hamburg.

„Soziale Sicherung zuerst“

heißt das Motto Clintons: Mindestlöhne angehoben, 100.000 neue Lehrer eingestellt. Die Schlankheitskur der Regierung hat dem Staat sehr gut getan. Die Senkung des öffentlichen Finanzbedarfs entlastet Bürger und

Betriebe, sorgt für stabile Preise, niedrige Zinsen, Investitionen und Millionen neuer Arbeitsplätze. Hansjürgen Doss, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die USA sind wieder Vorbild.

Fortsetzung von Seite 1

Der Bundesvorstand unterstützt aber auch alle diplomatischen Bemühungen im Vorfeld und hofft, daß sie zum Erfolg führen.

Peter Hintze: „Wir sind den Vereinigten Staaten von Amerika dankbar, daß sie in Wahrnehmung der Weltverantwortung wirksamen Schutz für Israel leisten. Wir fühlen uns verpflichtet, den Amerikanern insbesondere auch für diesen Schutz Rückhalt zu geben.“

Zweites Thema: EURO

Zur neuerlichen Diskussion über die Europäische Währungsunion, die durch die Stellungnahme einer Reihe namhafter Wirtschaftswissenschaftler ausgelöst worden ist, hat der Bundesvorstand noch einmal unmißverständlich deutlich gemacht: Ein pünktlicher Start des EURO liegt im Interesse Deutschlands. Eine Verschiebung bringt keinerlei Vorteil. Sie wäre vielmehr ein politischer Schaden für das Projekt insgesamt.

Peter Hintze: „Der bisher erfolgreiche Konvergenzprozeß ist nicht zuletzt der Ankerwirkung des festen Termins zu verdanken. Wir denken deshalb nicht daran, diesen Anker zu lichten. Der pünktliche Start der Europäischen Währungsunion steht für uns nicht zur Disposition.“

Drittes Thema: Wirtschaftliche Entwicklung/Arbeitsmarkt

„Mehr Beschäftigung in Deutschland ist unser politisches Ziel Nummer eins.“

Der Bundesvorstand hat sich mit den neuesten Arbeitsmarktzahlen und mit der wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigt, wie sie sich für die nächsten Monate abzeichnet.

Danach ist festzustellen: Auf dem Arbeitsmarkt der alten Bundesländer findet eine Trendwende statt. Die Abwärtsbewegung

jedenfalls konnte im Westen Deutschlands gestoppt werden.

In den neuen Bundesländern hat sich diese Trendwende allerdings aufgrund des starken Rückgangs der Konjunktur insbesondere in der Bauwirtschaft noch nicht ausgewirkt, und die Arbeitsmarktzahlen sind dort nach wie vor alles andere als befriedigend.

Erfreulich dagegen: das wirtschaftliche Wachstum in Höhe von zweieinhalb bis drei Prozent, mit dem in diesem Jahr gerechnet werden kann.

Besonders erfreulich: die Inflationsrate im Januar, die nach Schätzungen bei 1,3 Prozent liegt und damit einen absoluten Niedrigwert erreicht hat.

Peter Hintze: „1,3 Prozent – das ist keine Inflationsrate mehr, sondern Geldwertstabilität, ein Traumwert und eine große soziale Leistung. Hartes und stabiles Geld ist die Grundlage für eine positive wirtschaftliche Entwicklung.“

Viertes Thema: Pflegeversicherung

Zur Diskussion über die weitere Entwicklung des Beitragssatzes, den die FDP in dieser Frage ausgelöst hat, hat der Bundesvorstand einstimmig beschlossen: Es bleibt unverändert bei dem jetzigen Beitragssatz in der Pflegeversicherung.

Peter Hintze: „Wir werden dem Wunsch unseres Koalitionspartners nicht folgen und den Beitragssatz zur Pflegeversicherung nicht variabel gestalten. Bei der Pflegeversicherung bestimmen die Einnahmen über die Ausgaben und nicht umgekehrt, wie es sonst in der Sozialversicherung der Fall ist, und wir wollen von diesem Prinzip nicht abgehen. Wir freuen uns sogar, daß die Schwankungsreserven in diesem Jahr etwas größer als das Minimum ausfallen, das die gesetzliche Regelung vorsieht.“

Diskussion beenden

Zur Diskussion um die Senkung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist es klüger, den Beitragssatz zur Pflegeversicherung unverändert zu belassen. Zwar führt die Absenkung des Beitragssatzes zu einer Entlastung der Arbeitskosten je Arbeitsstunde. Der Facharbeiter mit einem Monatseinkommen von 5.000 DM muß 5 DM weniger zahlen, der Arbeitgeber wird in gleicher Höhe entlastet.

Auf die Arbeitsstunde umgerechnet sind das ca. 4 Pfennige. Der Handwerksmeister könnte also die Gestaltstunde statt für z. B. 87,60 DM für 87,56 DM anbieten. Die Kostenbelastung sinkt damit in einer Größenordnung, die nicht einmal als symbolisch zu bezeichnen ist. Impulse für den Arbeitsmarkt werden davon nicht ausgehen.

Dennoch könnte man die Auffassung vertreten, jede Möglichkeit zur Senkung der Arbeitskosten muß realisiert werden. Jedoch gilt: Wer den Beitrag senkt, wird den Beitrag auch wieder erhöhen müssen, wenn er mit dem Geld nicht mehr auskommt.

Fünftes Thema: Akustische Beweissicherung

Peter Hintze: „Die Flut des Verbrechens steigt an, und die Sozialdemokraten verzögern den Deichbau.“

Die organisierte Kriminalität wird zu einer wachsenden Bedrohung, und die SPD ist mit ihrem Abstimmungsverhalten im Bundesrat von der ursprünglichen Vereinbarung abgewichen. Gerhard Schröder ist einen Schlingerkurs gefahren und hat wieder einmal vor Augen geführt, was von seinem Wort zu halten ist.

Die akustische Beweissicherung im Kampf um die organisierte Kriminalität ist notwendig. Für den Zeitgewinn, den sie erhält, weil die entsprechende gesetzliche Regelung immer noch nicht zum Abschluß gekommen ist, sind einzig und allein Sozialdemokraten und Grüne verantwortlich.

Sechstes Thema: Vermögensbildung

Der Bundesvorstand hat beschlossen, noch in dieser Legislaturperiode das Vermö-

gensbildungsgesetz auf den Weg zu bringen. Die CDU will eine gesetzliche Initiative starten und zum Abschluß bringen, die dazu führen soll, daß die Alterssicherung in Zukunft nicht allein an das Erwerbsverhältnis gebunden ist. Die CDU will auch den Investivlohn einführen.

Zur Landtagswahl am 1. März in Niedersachsen:

Der Bundesvorstand verbindet mit der Niedersachsenwahl drei Ziele:

- Mit Christian Wulff an der Spitze soll eine CDU-geführte Landesregierung die Rückgewinnung Niedersachsens erreichen.
- Eine bürgerliche Mehrheit im Bundesrat soll die Blockadestrategie der Sozialdemokraten durchbrechen.
- Der Start ins Jahr der Bundestagswahl bekäme durch einen CDU-Sieg mit Christian Wulff einen zusätzlichen Impuls, den Wahlkampf der CDU beflügeln würde.

Christian Wulff:

Immer mehr wollen einen Neuanfang in Niedersachsen

Wir werden am 1. März ein Signal gegen Verkrustung und Blockaden in den Köpfen, in Gremien und im Bundesrat sowie gegen die organisierte Unverantwortlichkeit in Deutschland bekommen, wo alle mitreden, aber immer weniger für das, was hinten rauskommt, Verantwortung zu übernehmen bereit sind.

Eine bürgerliche Regierung in Niedersachsen wird die Chance haben, Reformen Steuerreform, Bürokratierreform und Reform der sozialen Sicherungssysteme auf den Weg zu bringen. Sie wird Aufbruch, Erneuerung für Deutschland sein und die SPD zur inneren Modernisierung zwingen. Hierin liegt für uns die bundespolitische Bedeutung der niedersächsischen Landtagswahl.

Wir setzen dabei auf Sieg und nicht auf Platz. Wir haben bei den letzten Wahlen – der Europawahl, der Bundestagswahl und der Kommunalwahl – nach Auszählung der Stimmen vorne gelegen, mehr Stimmen als die SPD gehabt, und so soll es auch in 20 Tagen sein.

Im Wahlkampf in Niedersachsen sind die Veranstaltungen so gut besucht wie seit 30 Jahren in allen Wahlkämpfen nicht, doppelt so stark besucht wie vor vier Jahren, und die Bürger kommen mit großer Ernsthaftigkeit in die Veranstaltungen, mit großer Skepsis, mit großer Zurückhaltung. Die Ernsthaftigkeit zeigt, daß immer mehr Bürgerinnen und Bürgern klar wird: Es gibt kein Zuviel an Reformschritten in Deutschland, sondern ein Zuwenig. Der Stillstand muß aufgelöst werden, und wir müssen auf dem Weg der Reformen weitermachen.

Die Chancen der CDU

Es nimmt auch die Bereitschaft zu, von anderen zu lernen. Hierin liegt die eigentliche Chance der Union in Niedersachsen: daß die Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung, zur Veränderung wächst.

Wir sind Mobilisierungs-Weltmeister. Darauf, unser erreichbares bürgerliches Wählerklientel zum Wahltag hin zu mobilisieren, ist unsere Wahlkampfstrategie ausgerichtet.

Zwei Ablenkungsthemen des niedersächsischen Ministerpräsidenten erweisen sich zunehmend als Rohrkrepiierer:

● **Einmal der Kandidatenstreit:** Die Bürger entlarven ihn als Tanz um das eigene Ego und erkennen zunehmend, daß einzel-

Christian Wulff auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus am 9. Februar

ne nur kandidieren, um ihre Karriere zu fördern, nicht aber zum Nutzen des Landes.

Ständig neue Interviews werden als unverantwortlich empfunden angesichts der Notwendigkeit einer großen nationalen Anstrengung.

Gerhard Schröder liegt wie ein Käfer auf dem Rücken und strampelt. Der Eindruck von Bewegung entsteht dadurch, daß er dabei ist abzurutschen.

Seine jüngste Interview-Äußerung, nach der auch zwei Prozent Verlust noch ein gutes Ergebnis seien, sowie die Äußerung des Innenministers, dem es egal ist, wie

Gerhard Schröder gewinne – notfalls mit den Grünen – Hauptsache er gewinne (der Innenminister würde dann Ministerpräsident), sind im Land sehr zwiespältig aufgenommen worden.

Der Kandidat rudert zurück

Hier rudert ein Kandidat zurück und wünscht nichts sehnlicher, als das Land zu verlassen und das Weite zu suchen.

Bodo Hombach hat erklärt, die Bürger wollen kein Schauspiel der Intrigen und Fallentstellerei, wie es die SPD zur Zeit aufführt, sondern Lösungen für die dringenden Probleme. Bodo Hombach hat recht.

Es stimmt uns für die nächsten 20 Tage zuversichtlich und müßte andere entsprechend nachdenklich stimmen, wenn aus dem Umfeld von Gerhard Schröder Äußerungen kommen, die nur einen Schluß zulassen: Je besser man Gerhard Schröder kennt, desto schlechter redet man über ihn.

● **Das zweite Ablenkungsthema**, bei dem der Ministerpräsident mit dem Rücken an der Wand steht, ist der Kauf der Preussag Stahl AG, deren 13.700 Arbeitsplätze durch einen Verkauf an die österreichische Voest Alpine nie gefährdet waren.

Wir erheben deshalb den Vorwurf: es handelt sich um einen rein populistischen Kauf. Über eine Milliarde DM hat Schröder dafür übrig gehabt; die Mittel für den arbeitsplatzschaffenden Mittelstand hat er dagegen gekürzt, Die Förderung von Existenzgründern sogar ganz und gar abgeschafft.

Beim Wahlkampfauftakt der SPD ist gesagt worden: Jetzt rettet der Ministerpräsident schon Arbeitsplätze, die gar nicht gefährdet sind. Preussag-Vorstandsvorsitzender Frenzel (Schröders wirtschaftspolitischer Berater) und Wirtschaftsausschußvorsitzender Schulze (SPD und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der IG-Chemie) haben erklärt: Arbeitsplätze und Standorte sind nicht gefährdet. Wörtlich: „Die Angst, die den Arbeitnehmern gemacht wurde, ist

Für eine erfolgreiche Landtagswahl in Niedersachsen 1998

Schröder = Sprüche statt Taten

**Handreichung
für Wahlkämpfer in Niedersachsen**

Daten, Fakten und Forderungen

CDU

Die Broschüre „Schröder = Sprüche statt Taten“ ist Arbeitsmaterial für den Landtagswahlkampf. Die gedruckten Exemplare sind inzwischen vergriffen. Der Text ist sowohl im KandiNet als auch in KomSys verfügbar.

nicht angemessen, aber wir haben Wahlkampf, und da paßt es rein.“

Im Wahlkampf wird ein Unternehmen gekauft, während vorher viele andere Unternehmen in ausländische Hände gegangen sind, ohne daß der Ministerpräsident sich hätte sehen lassen. Was übrigens gar nicht nötig gewesen wäre: Auch ohne ihn sind dort die Arbeitsplätze sogar angewachsen.

Unzufriedenheit wird deutlich

Wenn sich in den nächsten 20 Tagen der Wirbel um Preussag und SPD-Kanzlerkandidatur gelegt hat, dann wird die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der

„DER
Neues Denken, neues Handeln.
NIEDERSACHSEN-
Für Niedersachsen.
VERTRAG“



Landespolitik noch deutlicher zum Vorschein kommen.

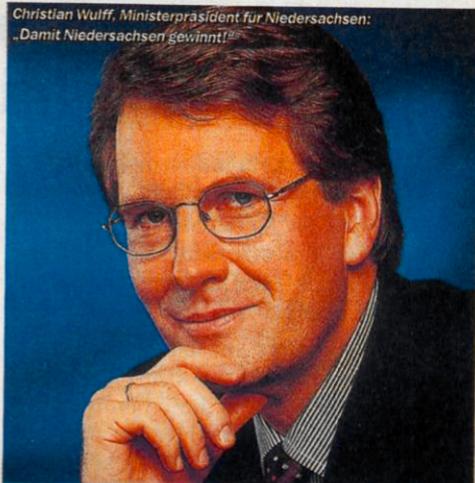
Regierung hat abgewirtschaftet

Mindestens 60 Prozent aller Niedersachsen wollen einen politischen Neuanfang. Die Regierung hat nach deren Meinung auf wichtigen Feldern abgewirtschaftet. Wir führen in diesen 20 Tagen mit einem Niedersachsenvertrag, der allen Haushalten zugestellt wird, und mit weiteren wichtigen Materialien einen argumentativen Wahlkampf, der auf wichtigen Feldern Alternativen aufzeigt.

Wir werden unverzüglich nach Regierungsübernahme den Landtag verkleinern, zwei Ministerien einsparen, zu personal- und kostenintensiven Gesetzen Moratorien erlassen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Bayern zeigt: Die Menschen wollen schlanke Strukturen, einen schlanken Staat.

Christian Wulff, Ministerpräsident für Niedersachsen:
„Damit Niedersachsen gewinnt!“



**Ehrlich.
Mutig.
Klar.**

Wir werden einen Zukunftsfond errichten, wir werden Landesvermögen privatisieren, um in die Zukunft zu investieren und nicht zu verstaatlichen, wie es die amtierende Regierung tut.

Vorfahrt für Unterricht

Wir wollen landesspezifische Sonderbelastungen aufheben, wir wollen im Bildungsbereich den Verzicht auf die Orientierungsstufe, die Vergabe des Abiturs nach Klasse zwölf und durch die Einstellung von Lehrern die volle Wiederbesetzung aller frei werdenden Lehrerstellen, also Vorfahrt für Unterricht, und wir wollen – um diese Punkte besonders herauszuheben – ein anderes Polizeigesetz, das nicht nur Sicherheit schafft, sondern auch die Ordnung wiederherstellt, wir wollen beschleunigte Strafverfahren und eine konsequente Polizei- und Justizpolitik. ■

Wir werden weiter alles dransetzen, die Arbeitslosigkeit zu senken

Der Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 4,8 Millionen macht deutlich, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die zentrale Herausforderung für alle Verantwortlichen – Tarifparteien, Wirtschaft und Politik – bleibt.

Es geht hierbei nicht um statistische Zahlen, sondern um Millionen Einzelschicksale von Arbeitslosen und ihren Familien. Die Bundesregierung wird weiter alles daran setzen, die Arbeitslosigkeit zu senken.

Positiv ist, daß die Arbeitslosigkeit in den alten Ländern erstmals seit Sommer 1995 unter dem Vorjahresmonat liegt. Zugleich ist die Erwerbstätigenzahl zuletzt saisonbereinigt gestiegen. Insbesondere in den exportorientierten Industriezweigen steigt die Zahl der Arbeitsplätze. So wurden in der Automobilindustrie seit Anfang 1997 25.000 Arbeitsplätze geschaffen, in der Metall- und Elektroindustrie seit Mai 1997 30.000. Der Beschäftigungsaufbau im Dienstleistungsbereich hat sich fortgesetzt. Dies sind ermutigende Signale, daß – wie alle Experten annehmen – in diesem Jahr die Trendwende am Arbeitsmarkt erreicht wird.

In den neuen Ländern ist die Entwicklung der Arbeitslosenzahl bedrückend. Nicht zuletzt spielt hier die anhaltende Struktur Anpassung in der Bauwirtschaft eine Rolle. Auch nehmen die ostdeutschen Unternehmen am Exportboom erst wenig teil.

Die Bundesregierung wird deshalb ihre Unterstützung für den Aufbau Ost auf hohem Niveau fortsetzen. Die Bundesanstalt für Arbeit hat die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf strukturschwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit – insbesondere in den neuen Ländern – konzentriert. Es gilt jetzt, diese Mittel

schnellstmöglich und vollständig arbeitsmarktwirksam werden zu lassen.

Es gibt keine Alternative zur langfristig angelegten Reformpolitik der Bundesregierung und zu dem von den Tarifparteien zuletzt eingeschlagenen Weg lohnpolitischer Vernunft. Für die Menschen hätte schon viel mehr erreicht sein können,

Von Bundesminister Friedrich Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes

wenn die SPD zum Beispiel die Steuerreform nicht durch ihre Mehrheit im Bundesrat blockiert hätte.

Reform der Arbeitsförderung, Flexibilisierung des Arbeitsrechts, Renten- und Gesundheitsreform sowie die Privatisierungspolitik waren zwingend notwendig und werden sich dauerhaft in mehr Wachstum und Beschäftigung auszahlen. Unternehmen und Tarifparteien bleiben aufgefordert, der Beschäftigung im Interesse der Arbeitslosen Vorrang einzuräumen.

Zu maßvollen Lohnabschlüssen

bei der diesjährigen Tarifrunde hat Helmut Kohl Arbeitgeber und Gewerkschaften aufgerufen. Wer einen Arbeitsplatz besitze, habe die moralische Verpflichtung, auch an die Arbeitslosen zu denken, sagte der Bundeskanzler in einer Festrede zum 200. Geburtstag der IHK Rheinessen in Mainz. Am Ziel der Halbierung der Arbeitslosenzahl halte er fest, auch wenn es inzwischen nicht mehr bis zum Jahr 2000 erreicht werden könne.

Handeln für mehr Beschäftigung

Die neuesten Arbeitsmarktzahlen sind eine dringende Aufforderung an alle, jede Möglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen. Es muß gelingen, das hohe Wirtschaftswachstum und den Exportboom in mehr Beschäftigung umzusetzen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat entscheidende Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erreicht. Dazu gehören:

- Die Senkung des Solidaritätszuschlags – allein damit werden Bürger und Wirtschaft um über 7 Milliarden DM entlastet.

- Die Beseitigung der investitionsfeindlichen Substanzsteuern – die Vermögensteuer wird nicht mehr erhoben, die Gewerbesteuer ist in den alten Ländern abgeschafft und muß in den neuen Ländern nicht mehr eingeführt werden.

- Die Neuregelung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall – dadurch wurden Unternehmen und Arbeitsplätze um rund 15 Milliarden DM entlastet. Außerdem hat sich der Krankenstand spürbar verringert.

- Die Umgestaltung des Kündigungsrechts und der Ausbau der Möglichkeiten für befristete Arbeitsverhältnisse – Klein- und Mittelbetriebe können nun flexibler einstellen und so besser auf unterschiedliche Auftragslagen reagieren.

- Die Erleichterung bei der Wiedereingliederung Benachteiligter in das Arbeitsleben – durch Einstellungszuschüsse bei Neugründungen, Eingliederungsverträge für Langzeitarbeitslose, Unterstützung beschäftigungswirksamer Sozialplanmaßnahmen und Stärkung der Handlungskompetenz der Arbeitsämter vor Ort wurden neue Impulse zur Belebung am Arbeitsmarkt gegeben. Rund 3 Milliarden DM wurden allein zur Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen bereitgestellt – von

1995 bis 1999 erhalten damit rund 180.000 Betroffene eine neue Chance.

Mit der am 5. Februar von den Koalitionsfraktionen beschlossenen **Initiative zur Beschäftigungsförderung** werden darüber hinaus Maßnahmen zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, von Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosenhilfeempfängern und arbeitslosen Jugendlichen umgesetzt.

Unverzichtbar für mehr Beschäftigung bleibt die **große Steuerreform**. Die SPD verhindert durch ihre Blockade im Bundesrat Investitionen und damit Chancen für neue Arbeitsplätze. Wir fragen: Wieviel Menschen müssen noch arbeitslos werden, bis die SPD ihre Blockade aufgibt?

Die Unternehmen sollten nun die verbesserten Rahmenbedingungen nutzen, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Die Tarifpartner sind gefordert, auch in diesem Jahr eine Tarifpolitik mit Augenmaß zu betreiben.

Die Voraussetzungen für eine Trendwende am Arbeitsmarkt sind gegeben.

Wir haben Verständnis für die Demonstrationen der Arbeitsloseninitiativen. Arbeitslosigkeit ist keine statistische Rechengröße. Sie verändert die persönliche und materielle Situation jedes Betroffenen.

Allerdings: Ein Vergleich mit den französischen Protesten führt an der Wirklichkeit vorbei. In Deutschland ist die soziale Absicherung der Arbeitslosen umfassender als in Frankreich. So gibt es in Deutschland bei Verlust der Stelle vom ersten Tag an Arbeitslosengeld. In Frankreich dagegen besteht eine Karenzzeit von acht Tagen. Zudem ist bei unseren Nachbarn besonders auch die Jugendarbeitslosigkeit mit einer Quote von 27,5 Prozent höher (Deutschland: 10,5 Prozent). ■

Ulf Fink:

Die Kommunen sind gefordert

Die Regierungskoalition hat ein Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Dieses Programm entspricht auch der auf dem EU-Gipfel getroffenen Vereinbarung, daß staatliche Politik sich vor allem auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes zu beziehen habe. Konjunkturprogramme à la Schmidt – das haben wir gesehen – haben sich zumeist als wirkungsloses Strohfeuer entpuppt.

Dieses Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit hat die CDU/CSU-Fraktion seit Sommer des vergangenen Jahres in vielen Expertengesprächen mit Vertretern der Regierung, der Länder, der Städte, des Deutschen Gewerkschaftsbundes sorgsam ausgearbeitet. Im vergangenen November haben wir dazu in Berlin einen großen Kongreß durchgeführt, auf dem die Städtetagspräsidentin Roth, Dieter Schulte und Dieter Hundt anwesend waren, um nur einige zu nennen. Aus all diesen Beiträgen haben wir das vorliegende Programm entwickelt. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, beispielsweise das Geschäftsführende Präsidialmitglied Landsberg, dieses Programm ausdrücklich begrüßt und gesagt haben, bisher gebe es keine Alternative zu diesem Programm.

Ein ganz wichtiger Teil ist, daß 100 000 arbeitslose Sozialhilfeempfänger in diesem Jahr neu in Arbeit gebracht werden können. Das ist ein Auftrag nach dem Bundessozialhilfegesetz an die Kommunen. Sie haben nach § 18 die Aufgabe, arbeitslosen Sozialhilfeempfängern Be-

schäftigungsgelegenheiten anzubieten. Dafür gibt es heute schon großartige Beispiele, etwa Lübeck und Leipzig, wo jedem arbeitslosen Sozialhilfeempfänger eine Arbeit angeboten wird, Osnabrück-Land, Mannheim, Berlin, wo über 50 000 Sozialhilfeempfänger arbeiten. Es gibt kein einziges Argument, warum Kommunen arbeitslose Sozialhilfeempfänger nicht beschäftigen sollen.

Ein nächster Punkt. Ich komme zum Thema Jugendarbeitslosigkeit. Natürlich ist es besser, wenn ein Jugendlicher einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle erhält. Wo dies aber nicht gelingt, ist es gut – dies schlagen wir vor –, wenigstens einen Praktikantenplatz bei gleichzeitiger Qualifizierung anzubieten.

Initiative zur

Beschäftigungsförderung

In Hamburg hat man das mit großem Erfolg insbesondere für die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß getan. Das sind 80 000 Jugendliche pro Jahr. Die kann man doch nicht außen vor stehen lassen. Sie bekommen im Rahmen eines sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnisses 800 DM brutto bzw. 500 DM netto.

Angesichts dessen sagen manche, das sei ein Billigprogramm. Natürlich ist es das beste, wenn man wenigstens 15, 20 oder 25 DM in der Stunde verdient. Klar ist das gut. Aber es werden auf der anderen Seite nicht so viele Arbeitsgelegenheiten angeboten, weil manche eben sagen, sie könnten es sich nicht leisten, jemanden für 15.

20 oder 25 DM Stundenlohn einzustellen, wenn dazu noch die Arbeitgeberbeiträge hinzukommen. Dann ist es doch in Ordnung zu sagen: Laßt uns doch einmal sehen, wie wir aus dem Dilemma herauskommen. Es werden bei uns bestimmte einfache Dienstleistungen nicht angeboten, weil sie einfach zu teuer sind. Dabei besteht gerade im Dienstleistungssektor ein riesiges Beschäftigungspotential.

Wir haben gerade in Hannover einen Kongreß gehabt. Dort haben wir gesehen: Das, was an Existenzgründungen möglich ist, birgt eine Riesenmöglichkeit. Aber natürlich ist es schwer.

Wir wollen den Menschen doch wenigstens ein bestimmtes Mindesteinkommen geben. Deshalb muß man das tun, was in der Sozialen Marktwirtschaft schon immer das Erfolgsrezept unserer Väter gewesen

ist: Primäreinkommen müssen sich am Markt orientieren. Und die Sekundäreinkommen und Transferzahlungen müssen hinzukommen.

In Essen – 627 000 Einwohner – sind nur 755 arbeitslose Sozialhilfeempfänger beschäftigt. Allein in Berlin dagegen sind es 50 000. In Hannover beispielsweise – 523 627 Einwohner – sind genau 283 Sozialhilfeempfänger beschäftigt. In Bochum, meiner alten Heimatstadt – 400 000 Einwohner –, sind genau 242 arbeitslose Sozialhilfeempfänger beschäftigt. Da muß man mehr tun!

Die SPD sollte sich an die Städte wenden, die von Oberbürgermeistern ihrer eigenen Partei regiert werden. Wenn ihnen der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit so wichtig ist, dann tun sie das, was wir in Leipzig tun!

Arbeit ist genug vorhanden

Antrag des Abgeordneten Ulf Fink und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der Abgeordneten Gisela Babbel und der FDP-Bundestagsfraktion: Der Bundestag wolle beschließen:

● Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wieder mehr Beschäftigung in Deutschland gewinnen, das heißt vor allem: Stärkung der Wachstumskräfte und bessere Voraussetzungen, wieder mehr Arbeit einzusetzen. Dem dient insbesondere das Programm für Wachstum und Beschäftigung, das von den Koalitionsfraktionen aus CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag am 25. April 1996 beschlossen worden ist und das wirksam werden wird.

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß der Arbeitsmarkt weiter von Überregulie-

rungen und zu hohen Kosten befreit wird. Zusätzlich sind bei den Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen aber Maßnahmen erforderlich, um diesen Personenkreis in das Erwerbsleben zu integrieren.

Mehr als jeder dritte Arbeitslose ist schon mehr als ein Jahr arbeitslos. Es reicht nicht aus, diesen Menschen als Perspektive lediglich Unterstützung durch Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe zu bieten. Dies gilt besonders für Jugendliche.

Arbeit ist mehr als Gelderwerb. Es genügt nicht, diesen Menschen lediglich Geld statt Arbeit zu geben. Andererseits ist es auch notwendig, das Bewußtsein zu schärfen, daß jemand, der eine Leistung der Gemeinschaft empfängt, dafür der Gemeinschaft eine Gegenleistung schuldet.

● Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Sofort wirksame Maßnahmen

1. Arbeitslose Sozialhilfeempfänger

● Die Kommunen beschäftigen heute rd. 200.000 der rd. 700.000 arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger. Das sind rd. 80.000, d. h. zwei Drittel mehr als drei Jahre zuvor. Durch die Reform des Bundessozialhilfegesetzes wurden 1996 die Möglichkeiten der Kommunen hinsichtlich der aktiven Arbeitsmarktpolitik beträchtlich erweitert. Die Kommunen sind aufgefordert, jede Möglichkeit der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern, insbesondere durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten im eigenen finanziellen Interesse zu nutzen, aber auch die Kürzungsvorschriften bei Ablehnung von Arbeitsangeboten, bis hin zur vollständigen Versagung, konsequent anzuwenden. Es sollte möglich sein, nun Jahr für Jahr weitere rd. 100.000 Sozialhilfeempfänger zu beschäftigen. Das sind 6 bis 7 Sozialhilfeempfänger jährlich zusätzlich pro Kommune. In den Kommunen, die es – wie etwa Leipzig – geschafft haben, allen arbeitslosen Sozialhilfeempfängern eine Arbeitsgelegenheit anzubieten, sollten sich die Arbeitsämter mit ihren Maßnahmen ebenfalls besonders engagieren.

● Oft unterbleiben mögliche Maßnahmen zur Beschäftigung von beschäftigungslosen Sozialhilfeempfängern, weil die Zuständigkeitsverteilung zwischen Kommune und Kreis so ist, daß die Kommune zwar die Beschäftigungsmaßnahme zu finanzieren hat, am Erfolg (eingesparte Sozialhilfe) dieser Maßnahme aber nicht beteiligt ist. Der Deutsche Bundestag fordert die Länder und Kreise dringend auf, hier Änderungen vorzunehmen.

2. Arbeitslosenhilfeempfänger

Den Arbeitsämtern fällt es schwer, die 1,3 Mio. Empfänger von Arbeitslosenhilfe ins

Erwerbsleben zu reintegrieren. Um den Arbeitslosenhilfeempfängern jede auch nur denkbare Chance auf einen neuen Arbeitsplatz zu geben, hat der Deutsche Bundestag mit der jüngsten Reform des Arbeitsförderungsrechts (SGB III) den Arbeitsämtern seit dem 1. Januar 1998 das Recht eingeräumt, auch Dritte (z. B. Serviceagenturen) mit der Vermittlung von Arbeitslosenhilfeempfängern zu beauftragen.

Initiative zur

Beschäftigungsförderung

Der Deutsche Bundestag hat deshalb in den Haushalt einen Titel eingestellt, durch den es möglich wird, mit Einsparungen bei der Arbeitslosenhilfe diese Vermittlung zu finanzieren. Der Deutsche Bundestag fordert die Arbeitsämter auf, von diesen neuen Möglichkeiten intensiven Gebrauch zu machen. Denn es ist besser, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, statt sie lediglich zu bezahlen.

3. Arbeitslose Jugendliche

Niemand darf gleich zu Beginn seines Berufslebens in die Sozialhilfe abgleiten. Angesichts der knappen Lehrstellen haben gerade Jugendliche ohne Hauptschulabschluß wenig Chancen auf Eintritt ins Berufsleben.

Die bisher bestehenden Programme zur Förderung des Hauptschulabschlusses vermögen ihr Ziel nicht im gewünschten Umfang zu erreichen. Was fehlt, ist insbesondere der notwendige Praxisbezug der Maßnahmen sowie der Anreiz zur Aufnahme einer entsprechenden Tätigkeit im Betrieb. Jugendliche Sozialhilfeempfänger haben eine Verpflichtung zur Aufnahme von Arbeit; dieser Verpflichtung muß allerdings eine entsprechende Anzahl Ausbildungs- und Praktikantenstellen gegenüberstehen.

Die Initiative, wie sie in Hamburg zur Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger durchgeführt wird, kann Grundlage eines geeigneten Konzeptes sein. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit den Ländern, den Kommunen, der Bundesanstalt für Arbeit und den Sozialpartnern darüber in Gespräche einzutreten. Dies gilt besonders für die Länder, bei denen die Nachfrage nach Lehrstellen das Angebot übersteigt.

II. Mittelfristig wirksame Maßnahmen

1. Sozialhilfe für Arbeitslose und Arbeitslosenhilfe aus einer Hand

Es gibt keine überzeugende Begründung dafür, daß es in Deutschland zwei Fürsorgeleistungen für einen Tatbestand, nämlich Arbeitslosigkeit, geben muß. Die Tatsache, daß Sozialhilfe für Arbeitslose und Arbeitslosenhilfe aber getrennte Systeme sind, führt zu erheblichen Doppel- und Mehrfacharbeiten der Ämter. Immerhin beziehen $\frac{1}{3}$ der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger noch Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf zu prüfen, ob in einem ersten Schritt das Recht der Sozialhilfe für Arbeitslose und das Arbeitslosenhilferecht einander angeglichen werden können. Die Verantwortung der Länder, hier Änderungen zu ermöglichen, sei besonders hervorgehoben.

Ebenso ist zu prüfen, ob in einem zweiten Schritt auch organisatorische Konsequenzen gezogen werden sollten, mit denen die Fürsorgeleistungen für Arbeitslose in eine Hand gegeben werden. Dabei sollte der Grundsatz gelten, daß der Aufgabe auch das Geld folgt.

2. Bündnis für Langzeitarbeitslose

Wenn einfache Dienstleistungen in Deutschland wieder stärker nachgefragt

werden sollen, wenn verhindert werden soll, daß weitere Arbeitsplätze ins Ausland abwandern, dann muß die Lohnstruktur wieder stärker gespreizt werden.

Durch die stärkere Lohnspreizung könnte besonders der in Deutschland stark unterentwickelte Bereich einfacher Dienstleistungen erschlossen werden – z. B. Hilfen aller Art in Privathaushalten, Versorgung von Haushalten mit dem täglichen Bedarf, Familien- und Pflegehilfen, Unterstützung für ältere Menschen, Hilfen an Tankstellen und in Supermärkten, Begleitpersonen im ÖPNV, Pförtner, Kleinhandwerk und vieles andere mehr. Dadurch können auch gering und nicht Qualifizierte wieder stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden.

In Deutschland darf es keine „working poor“ geben. Auch in einer globalen Wettbewerbssituation werden die lohnbezogenen Einkommen in Deutschland nicht auf ein Niveau sinken können, das mit unserem Kulturniveau und dem Lebensstandard der Menschen vollkommen unvereinbar wäre. Ergänzende Sozialhilfe neben einem niedrigen Arbeitseinkommen ist bei Bedürftigkeit bereits derzeit möglich. Die Anreize im Sozialtransfersystem zur Aufnahme von Arbeit müssen verstärkt werden. Es muß darüber nachgedacht werden, wie es gelingen kann, Niedriglöhne bei Bedürftigkeit auf ein akzeptables Mindesteinkommen anzuheben. Die Tarifpartner sind aufgerufen, hier neue Wege zu entdecken. Der Deutsche Bundestag als Gesetzgeber wird ein solches Bündnis – **Arbeit für alle** – aktiv fördern und mitgestalten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung und den Bundesrat auf, in einem ersten Schritt dafür zu sorgen, daß Sozialhilfeempfänger, die arbeiten, spürbar besser gestellt werden als die, die nicht arbeiten. ■

Innensenator Ralf H. Borttscheller:

Die SPD ist kein verlässlicher Partner

Die Entscheidung des Bundesrates am 6. Februar, den Vermittlungsausschuß anzurufen, zeigt wieder einmal: in der SPD haben die unsicheren Kantonisten in der Innenpolitik das Sagen.

Die SPD-internen Auseinandersetzungen machen für jedermann sichtbar: Die SPD ist kein verlässlicher Partner für eine wirkungsvolle Politik gegen das organisierte Verbrechen und für den Schutz des Bürgers. Daß es der SPD gelungen ist, die große Koalition des Bundestages für einen wehrhaften Rechtsstaat aufzubrechen und den nach jahrelanger Debatte erzielten Kompromiß zu zerstören, schadet dem Rechtsstaat.

Bürgermeister Scherf hat dieser Entwicklung außerordentlichen Vorschub geleistet. Durch seinen sehr persönlichen Beitrag im Bundesrat hat er die Haltung Bremens als besonders bundesfreundlich dargestellt und Bürgermeister Perschau zur Richtigstellung gezwungen. Das Ausmaß des von Bürgermeister Scherf angerichteten Scherbenhaufens ist mit Blick auf das Ansehen Bremens zur Zeit noch nicht abzusehen.

Niemand sollte sich rühmen, daß es im Bundesrat gelungen ist, den breiten Konsens der Volksparteien mit Hilfe des linken SPD-Flügels und der Grünen zu zerstören.

Ein derartiges Bündnis ist eine Gefahr für die Zukunft dieses Landes – nicht nur in dieser Frage. Es ist wieder einmal dokumentiert, daß SPD und Grüne nicht fähig sind, sich den veränderten Gefährdungsgrundlagen und der Herausforderung der organisierten Kriminalität zu stellen. Sie sind nicht bereit, die Freiheitsrechte der Bürger wirksam vor dieser Bedrohung zu schützen.

Grundloses Mißtrauen

Ich stimme meinem hessischen Kollegen Bökel (SPD) zu, der erklärt hat, in der Kritik an dem im Bundestag erzielten Kompromiß „spiegelt sich ein grundloses Mißtrauen gegenüber der deutschen Justiz und der Polizei wider, sie verharmlost die Gefahr, die von der organisierten Kriminalität ausgeht“. Statt dessen wurde eine irrwitzige Debatte erzeugt und der Eindruck erweckt, als wären Polizei und Justiz in Deutschland hemmungsloser als die Verbrecher. Da wurden die Feuerwehrmänner zu Brandstiftern gemacht.

Wir müssen weiterhin alles dafür tun, daß der Staat in die Lage versetzt wird, sich gegen die Zerstörung durch mafiose Strukturen wirksam zu wehren.

Friedhelm Ost: EURO schafft Arbeitsplätze

Der Wirtschaftsexperte der CDU, Friedhelm Ost, hat der Auffassung des Chef-Volkswirts der Deutschen Bank, Norbert Walter, widersprochen, der EURO schaffe keine Arbeitsplätze. Die Währungsunion senkt die Wechselkosten. Mit der Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Wirtschaften steigt auch das Wachstum. Es braucht allerdings Zeit, bis sich Wachstum in neue Arbeitsplätze umsetze. In Deutschland kann bereits 1998 mit der Trendwende zu mehr Beschäftigung gerechnet werden.

Recht sichert die Freiheit

Justiz und innere Sicherheit

Die Rolle der Justiz für die Wahrung der inneren Sicherheit war Leitthema des Rechtspolitischen Kongresses am 16. Januar in Hannover. Der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, Christian Wulff, forderte neues Denken und Handeln für Niedersachsen in der Innen- und Rechtspolitik. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, sprach zum Thema Verbrechenbekämpfung und Verfassungsrecht.

In Podiumsgespräch und Diskussion widmeten sich die Teilnehmer unter Moderation des Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, Herbert Helmrich, ihrer gemeinsamen Aufgabe, die mit „Staatsanwaltschaft, Strafgerichten, Strafvollzug – Verantwortung für die innere Sicherheit“ überschrieben war.

Seit Schröder: Anstieg der Straftaten in Niedersachsen

Der rechts- und innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen, Hans-Ulrich Schneider, berichtete über seinen jüngsten Vorschlag, innere Sicherheit als Staatsziel in die niedersächsische Landesverfassung aufzunehmen. Sicherheit ist nach Meinung Schneiders Voraussetzung von Freiheit und zugleich Anspruchsrecht des Bürgers. Die Zahl der Straftaten in Niedersachsen ist nach Aussage Schneiders seit der Regierungsübernahme durch Ministerpräsident Schröder von 520.000 auf 580.000 gestiegen.

Er nannte in diesem Zusammenhang schlagwortartig Castortransporte, autonome Krawalle in Göttingen und die sog. „Chaostage“. Schneider forderte eine kon-

sequente Abschiebung straffälliger Ausländer, die bereits bei einer Verurteilung von einem Jahr zwingend sein müsse. Wegen des hohen Anteils von Kindern und Jugendlichen an Straftaten und einer Verdoppelung von Täter und Opfer unterstrich es Schneider als vornehmste Aufgabe der Politik, Jugendlichen Perspektiven zu geben. Die CDU will im Bereich von Bildung und Polizei nicht sparen.

Bildung ist – so Schneider – beste Prävention. Bei einer Ablehnung der Senkung der Strafmündigkeit hob er die Notwendigkeit der geschlossenen Heimunterbringung hervor. Trotz eines Kommunalwahlrechts ab dem 16. Lebensjahr werde die gesetzliche Vorgabe des Regelausnahmepinzips bei der Anwendung von Jugend- oder Heranwachsenden-Strafrechts mißachtet. Jugendstrafe soll nach dem Willen Schneiders auch als Strafe empfunden werden.

Durch eine Überprüfung der Jugendgerichtshilfe soll eine erhöhte Verantwortung für Jugendliche für die Tat erzielt werden. Schneider sprach sich für eine konsequente Umstrukturierung des Strafvollzugs aus, in dem derzeit 5.800 JVA-Plätzen 6.500 Gefangene gegenüberstehen. Er verlangte eine klare Trennung zwischen Sicherungsvollzug und Resozialisierungsvollzug. Wer die Chance der Resozialisierung nicht nutze, schließe sich selbst aus und verdiene kein weiteres staatliches Entgegenkommen. Für die Unterscheidung und Zuordnung von Sicherungsvollzug und Resozialisierungsvollzug erscheint eine begründete Aussicht erforderlich. Für nicht resozialisierbare Straftäter bleibt nach Meinung Schneiders nur der Sicherungsvollzug.

Wegen einer Überbelegung der Justizvollzugsanstalten und Überforderung des mittleren Dienstes befürwortete Schneider, jedoch nicht uneingeschränkt ohne Skepsis, die Verwendung einer „elektronischen Fußfessel“.

Gegen Entkriminalisierung von Bagatelldelikten

Der Generalstaatsanwalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern, **Alexander Prechtel**, sprach sich für eine Stärkung der Rolle der Justiz bei der Vermittlung des Rechts- und Wertebewußtseins der Bevölkerung aus. Er lehnte jede Entkriminalisierung, auch sog. Bagatelldelikte, ab und verlangte einen Vorrang bei der Güterabwägung von Interessen der Straftäter und Bürger zugunsten des Schutzes rechtstreuer Bürger.

Der Generalstaatsanwalt setzte sich dafür ein, die Frage nach dem Opfer verstärkt wieder in den Vordergrund zu stellen. Das Verlangen nach innerer Sicherheit qualifizierte er als Rechtsanspruch des rechtstreuen Bürgers gegen den Staat. Eine Regelfallaussetzung zur Bewährung muß nach Ansicht des Generalstaatsanwalts ebenso ausgeschlossen werden wie eine Reduzierung des Strafvorteils zu einem reinen „Feststellungsurteil“.

Er hielt eine fast ausschließliche Verurteilung von Heranwachsenden nach Jugendrecht angesichts des Regelausnahmeprinzips nach dem Jugendgerichtsgesetz für untragbar. Auch angesichts hoher Zuwachsraten bei 12- bis 14-jährigen Straftätern verlangte Prechtel ein Umdenken der Strafverfolgung. Seiner Ansicht nach muß ein Ausgleich unstrittiger zivilrechtlicher Ansprüche im Strafverfahren intensiviert werden.

Moralverlust hat Tabugrenzen verwischt

Nach Meinung des Staatsministers der Justiz des Freistaates Sachsen, **Steffen Heit-**

mann, nimmt die Akzeptanz des Rechts und der Justiz unter Beeinträchtigung des Begriffs des Rechtsstaats ab. Das liegt, soweit Heitmann, auch an der Blockade rechtspolitischer Entscheidungen.

Als Gründe hierfür nannte er eine parteipolitische Instrumentalisierung des Bundesrates, den Interessenunterschied zwischen Land und Rechtspolitikern des Bundes sowie die Blockade innerhalb der Koalition. Der gegenwärtige Zustand der Rechtspolitik ist nach Meinung Heitmanns Folge der liberalistischen Rechtspolitik der letzten 20 bis 25 Jahre, deren langfristige Wirkung auch von der Union unterschätzt wurde.

Er forderte daher nach der gewonnenen Bundestagswahl das Bundesjustizministerium in CDU-Hand. Der Staatsminister bemerkte eine zunehmende Kritik an der Strafrechtspraxis, in der ein Moralverlust spürbar wird. Seiner Meinung nach liegt gerade in der Strafe eine gelegentliche Hilfe. Seiner Ansicht nach hat der Moralverlust zu einer Verwischung der Tabugrenze zu kriminellen Handeln geführt. Als notwendig hob der Staatsminister die Einrichtung der geschlossenen Unterbringung hervor und lehnte jede Legalisierung von Rauschgift ab.

Gesetzestreue muß wieder die Regel sein

Richterin am Bundesgerichtshof, **Monika Harms**, berichtete in ihren Eingangsstatementen von den Umständen, durch die die Strafjustiz in die Schlagzeilen geraten ist. Als bekannte Vorwürfe nannte sie das Verhängen zu milder Strafen, zu häufige Strafaussetzung auf Bewährung, einen größeren Täter- als Opferschutz und die Verweigerung der Justiz für die innere Sicherheit unter dem Mantel der richterlichen Unabhängigkeit. Obwohl Frau Harms die Vorwürfe in der Sache zurückwies, folgerte sie für die Justiz die Pflicht, sie ernstzunehmen.

Nach Meinung von Frau Harms hat die Bevölkerung, verstärkt durch Medienberichterstattung, Angst vor Kriminalität. Aber auch die Zeiten für Kriminalität sind ihrer Meinung nach günstig. Als Hauptgründe hierfür nannte sie eine große Mobilisierung, die Anonymität in der Großstadt und die größtenteils offenen Grenzen. Keinen Zweifel ließ sie jedoch daran, daß die Justiz dem Rechtsstaat verpflichtet sein will. Gerade die organisierte Kriminalität in der Form illegalen Zigarettenhandels oder der PKK führt ihrer Meinung nach zu einer Beunruhigung der Bevölkerung. Frau Harms wies die Vorwürfe, die Justiz arbeite zu langsam, die Strafjustiz sei zu faul, als völlig unbegründet zurück. Dem Vorwurf einer zu langsamen Arbeitsweise der Strafjustiz entgegnete Frau Harms mit dem Hinweis auf die Statistik und Dauer der Strafverfahren vor den Amtsgerichten mit durchschnittlich 4,5 Monaten im Jahr 1995. Nur für die schwierigen Verfahren der Betäubungsmittelverstöße und der Wirtschaftskriminalität räumte Frau Harms eine längere Verfahrensdauer ein. Im übrigen erachtete sie eine Reformierung des Beweisanztragsrechts für nötig.

Gegen den Vorwurf, die Justiz sperre gefährliche Täter nicht ein, verwies Frau Harms auf die engen Voraussetzungen der Untersuchungshaft nach § 112 StPO. Ihrer Ansicht nach werden nicht zu wenig Haftbefehle erlassen. Fakt sind überfüllte Gefängnisse. Weiterhin verweigerte sich die Referentin dem allgemeinen Vorwurf, für Verfahren finde keine Förderung mit der gebotenen Schnelligkeit statt. Sie wehrte sich vehement dagegen, daß Mängel im Verfahren dem Beschuldigten angelastet würden. Ihre Forderung gilt einer verbesserten personellen und sachlichen Ausstattung der Justiz. Die Justiz ist zu einer Korrektur des falsch verstandenen Liberalismus aufgerufen, der seit den 68ern eine allgemein nachlassende Gesetzestreue zur Folge hat.

Gegen Unterbringung im offenen Vollzug als Regelfall

Der Staatsminister der Justiz des Freistaates Bayern, **Hermann Leeb**, sprach von einer legitimen Forderung der Bürger nach Sicherheit, Frieden und Freiheit. Zur Verhinderung neuer Straftaten forderte er eine zügige, konsequente und verantwortungsbewußte Vollstreckung der Strafe. Der Schutz der Allgemeinheit sowie die Resozialisierung des Täters sollen seiner Meinung nach gleichgewichtig sein. Der Freistaat Bayern gebe für Neuausbau und Unterhaltung der Strafvollzugsanstalten 150 Mio. DM aus. Ziel der gesamten Anstrengung soll nach Vorstellung Leeb's eine sofortige Vollstreckung der Freiheitsstrafe sein. Auch er sprach davon, daß die Justizvollzugsanstalten voll sind und die Klientel schwieriger wird. Das Überdenken neuer Sanktionen in der Justizministerkonferenz, die etwa die gemeinnützige Arbeit als Hauptstrafe oder die Umwandlung von Geld- in Freiheitsstrafe plane, verurteilte Leeb. Ausdrücklich lehnte er eine stetige Unterbringung im offenen Vollzug ab. Im Hinblick auf diejenigen Straftäter, die telefonisch nicht erreichbar seien, wehrte sich der Staatsminister vehement gegen die Einführung der „elektronischen Fußfessel“.

Eine Lockerung des Vollzuges durch Urlaub oder offenen Vollzug darf nicht zu Lasten des Schutzes der Allgemeinheit gehen. Der offene Vollzug bleibt nach dem Gesetz eine Ausnahme. Das Regelausnahmeprinzip soll nach Meinung Leeb's auch im Fall des § 105 JGG durchgehendere Anwendung finden. Zum besseren Schutz der Bevölkerung vor schweren Wiederholungstätern hat Bayern einen Gesetzesantrag im Bundesrat zum Sexualstrafrecht unter Berücksichtigung der Sicherungsverwahrung gestellt. Während früher die Sicherungsverwahrung nach max. 10 Jahren und frühestens beim zweiten Rückfall möglich gewesen ist, sollte sie heute bereits nach dem ersten Rückfall und bei allen Verbrechen weiterhin möglich sein. ■

Norbert Blüm auf Platz 1 der nordrhein-westfälischen Landesliste

Der Landesvorstand hat einstimmig den Landesvorsitzenden der CDU NRW, Norbert Blüm, wieder auf Platz 1 der Landesliste zur Bundestagswahl gesetzt.

Danach folgen Generalsekretär Peter Hintze und die Landesvorsitzende der Fauern-Union, Irmgard Karwatzki. Das gab der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul, nach einer Sitzung des CDU-Landesvorstandes bekannt, auf der die Vorschlagsliste für die Landesvertreterversammlung beschlossen wurde. Die endgültige Reihenfolge legt die Landesvertreterversammlung in Soest fest.

Auf der Liste, die 81 Namen umfaßt, kandidieren 29 Frauen. „Damit ist die Quote von 30 Prozent erfüllt“, stellte Reul fest. „Die CDU macht Ernst mit einer stärkeren Beteiligung der Frauen in den Parlamenten.“

Im Gegensatz zur NRW-SPD, auf deren Liste nur drei Kandidaten unter 40 Jahren auf den ersten 50 Plätzen stehen, sind es auf der CDU-Liste sieben Kandidaten. „Hinzu kommen bei der CDU noch einmal vier Kandidaten unter vierzig Jahren in sicheren Wahlkreisen. Die CDU setzt damit ihren Weg der Verjüngung ihrer Mandatsträger fort“, erklärte Reul abschließend.

Die CDU ist bei Jungwählern in NRW führend

Die nordrhein-westfälische CDU liegt zum ersten Mal bei Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren klar vor der SPD. Nach einer Emnid-Umfrage unter 1.000 Bürgern an Rhein und Ruhr bekamen bei der Sonntagsfrage zur Landtagswahl die SPD 44, CDU 37, Grüne zwölf und die FDP fünf Prozent.

Bei Jungwählern ergab sich jedoch ein völlig anderes Bild. Danach würde die SPD bei der Landtagswahl nur 29 Prozent bekommen, während die CDU mit 41 Prozent rechnen könnte. 14 Prozent der Jungwähler würden die Grünen wählen und immerhin zwölf Prozent die FDP.

Politik OnLine:

Der tagesaktuelle Informationsdienst

Seit dem 9. Februar erscheint arbeitstäglich um 13.00 Uhr im Rahmen des Internet-Angebotes der CDU ein politisches OnLine-Magazin mit aktuellen Informationen zur Politik der CDU.

jetzt lesen!  !

Dieser Dienst ersetzt die bisherige Rubrik „Politik aktuell“ in KomSys und steht allen offen, die sich rasch über die Standpunkte der CDU informieren wollen. Sie erreichen das neue Angebot über <http://www.cdu.de>.

Christian Wulff:

Wir wollen, daß der Rechtsstaat Zähne zeigt

Es ist eine traurige Tatsache, daß bei Mitgliedern der noch amtierenden Landesregierung in Niedersachsen und an der Spitze beim Ministerpräsidenten dieses Landes ein gestörtes Verhältnis zu Polizei und Justiz und ein gestörtes Verhältnis zum Recht überhaupt besteht.

Wir haben in den vergangenen Jahren eine Rechtsbruchpolitik dieser Landesregierung erleben müssen, wie sie einzigartig in dieser Bundesrepublik ist. Der niedersächsische Staatsgerichtshof mußte immer wieder angerufen werden, um dieser Rechtsbruchpolitik entgegenzutreten. So hat der Staatsgerichtshof entschieden, daß diese Landesregierung eine Milliardenverschuldung unter Bruch der Landesverfassung zu verantworten hat. So hat der Staatsgerichtshof entscheiden müssen, daß der Raubzug gegen die Kommunen unter klarem Bruch der Verfassung erfolgt ist. So ist die Aufhebung der verfassungswidrigen rot-grünen Personalvertretungsgesetzes durch die Landtagsmehrheit nur durch Anrufung des Staatsgerichtshof und die drohende Feststellung der Verfassungswidrigkeit des ursprünglichen Gesetzes von uns erzwungen worden.

Mit ausdrücklicher Billigung des Kabinetts einschließlich des Ministerpräsidenten hat die Umweltministerin Griefhahn zahllose aussichtslose Prozesse geführt, vor denen die Fachbeamten ihres Hauses nachdrücklich gewarnt haben. Dem Steuerzahler droht deswegen ein Schaden von bis zu 100 Millionen DM.

Trauriger Höhepunkt dieser Politik war, daß ein Kernenergieunternehmen jetzt gezwungen war, auf 15 Millionen DM Schadenersatz zu verzichten, nur um zu erreichen, daß die Landesregierung sich in einem Vertrag verpflichtete, in Zukunft ihre Entscheidungen nach Recht und Gesetz zu treffen.

Das sind nicht mehr Zustände eines Rechtsstaats, das sind Zustände einer Bananenrepublik, für die die SPD-Landesregierung die Verantwortung trägt.

Für uns als neue Regierung nach dem 1. März gibt es also in Niedersachsen viel zu tun. Wir müssen die Justiz ebenso wie

Aus der Rede auf dem Rechtspolitischen Kongreß der CDU am 16. Januar in Hannover

die Polizei wieder personell so ausstatten, daß sie ihre Aufgaben schnell und effektiv erfüllen kann. Wir müssen das Dickicht der Rechtsvorschriften lichten. Wir werden schon vor Erlass von Rechtsvorschriften prüfen müssen, ob die Geltungsdauer dieser Vorschriften nicht von vornherein zeitlich begrenzt sein sollte. Wir werden die Gegenabschätzung gründlich vornehmen müssen. Damit von den Gesetzen nicht mehr Schaden als Nutzen ausgeht.

Wir werden die Justiz auch endlich mit moderner elektronischer Datenverarbeitung

ausstatten. Auch hier liegt Niedersachsen verglichen zum Beispiel mit Baden-Württemberg oder Bayern weit im Hintertreffen.

Wir werden dem Grundsatz wieder Geltung verschaffen, daß schnelles Recht gutes Recht ist. Gerade bei Strafverfahren, die sich über Jahre hinziehen, stellt der Täter die schließlich ausgesprochene Strafe kaum noch in Zusammenhang mit der begangenen Straftat. Aber auch bei Zivilgerichten ist ein zu spätes Urteil oft wertlos, wenn zum Beispiel der Schuldner inzwischen längst in Konkurs gegangen ist.

Wir werden insbesondere das Instrument der beschleunigten Strafverfahren wirksam einsetzen. Die Zahl beschleunigter Verfahren von 5.300 im Jahr 1989, also zu Albrechts Regierungszeit, ist unter der Landesregierung in Niedersachsen auf nur noch rund 1.600 zurückgegangen. Dies ist insbesondere deswegen völlig unverständlich, weil durch die Änderung der Strafprozeßordnung im Jahre 1994 die Anwendungsmöglichkeiten derartiger beschleunigter Strafverfahren ganz erheblich ausgeweitet worden sind. Experten schätzen die Zahl möglicher beschleunigter Verfahren in Niedersachsen auf rund 20.000. Die verantwortliche Justizministerin hat es wiederholt abgelehnt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um auf derartige schnelle Verfahren entsprechend der gesetzlichen Regelung hinzuwirken. Wir werden uns zumindest darum bemühen, dieses Ziel möglichst bald anzusteuern.

Gegen Justizverdrossenheit

Ich bleibe auch bei meiner Meinung, daß das Kostendeckungsprinzip in der Justiz stärker Anwendung finden muß. Von rund 16 Milliarden DM Justizkosten werden nur 6 Milliarden durch Gebühren wieder eingenommen. Wenn wir die Gebühren maßvoll anheben, würde dies kostenneutral eine umfassende personelle Verstär-

kung der Justiz ermöglichen. Ich bin der Überzeugung, daß dies das beste Mittel im Kampf gegen Justizverdrossenheit ist.

Auch Verkürzungen der Instanzenzüge bleibt ein Thema, das für mich oben auf der Tagesordnung steht. Ich frage mich, ob es wirklich notwendig ist, daß ein Straffangener, der glaubt, er habe einen Anspruch darauf, daß der Justizbedienstete an der Tür seiner Zelle anzuklopfen habe, diese Begehren nach der Entscheidung der Anstaltsleitung noch über drei Instanzen verfolgen kann, nämlich bei der Strafvollstreckungskammer beim Landgericht, danach beim Oberlandesgericht und schließlich beim Bundesverfassungsgericht; möglicherweise ist dieser Straffangene inzwischen auch noch beim Europäischen Gerichtshof vorstellig.

Schlappes Polizeigesetz

Neues Denken und Handeln für Niedersachsen sind aber nicht nur im Bereich der Justiz, sondern auch bei der Polizei und im Strafvollzug notwendig.

Die Polizei in Niedersachsen hat unter dem unzulänglichsten Polizeigesetz aller Bundesländer zu leiden. Unsere Polizei ist genauso tüchtig wie die Polizei in anderen Bundesländern. Sie muß aber mit einem roten grünen sogenannten Gefahrenabwehrgesetz arbeiten, das der Bund Deutscher Kriminalbeamter völlig zu Recht als das „schlappste Polizeigesetz aller Bundesländer“ bezeichnet hat.

Nach jahrelanger Weigerung hat die SPD-Mehrheit im Landtag zwar gleichsam in letzter Minute vor dem Ende ihrer Mehrheit einige Flickschustereien an diesem Gesetz vorgenommen. Die notwendige Generalisierung aber wird unsere Aufgabe nach dem 1. März sein. Denn immer noch ist es der Polizei in Niedersachsen verboten, gegen Störungen der öffentlichen Ordnung einzuschreiten, immer noch fehlt die Rasterfahndung und sind die verdacht-

sunabhängigen Kontrollen völlig unzulänglich geregelt. Immer noch ist Datenschutz eher Täterschutz als Opferschutz. Immer noch kann Herr Trittin, einer der Väter des rot-grünen Gefahrenabwehrgesetzes, dieses Gesetz als „einzigartig in der Bundesrepublik“ feiern, weil es das täterfreundlichste und opfer- und polizeifeindlichste Gesetz aller Bundesländer ist.

Vor dem Verbrechen schützen

Diese Regierung geht von der Überzeugung aus, der Bürger müsse vor der Polizei geschützt werden. Wir wollen den Bürger vor dem Verbrechen schützen mit Hilfe einer leistungsfähigen Polizei, die mit effektiven Rechtsgrundlagen schon gegen sogenannte „kleine“ Störungen vorgehen kann. „Sicherheit setzt Ordnung auch in kleinen Dingen voraus“, das schreibt sogar die liberale „Zeit“ inzwischen.

Früher war diese Erkenntnis Konsens unter den demokratischen Parteien der Bundesrepublik. Diesen Konsens hat die Schröder-Regierung schon in ihrer Regierungserklärung 1990 mit der Forderung nach sogenannter Entkriminalisierung aufgekündigt.

Wir wollen, daß der Rechtsstaat Zähne zeigt. Wir wollen eine Nulltoleranzstrategie gegen alle Formen von Kriminalität. Wir wollen eine Polizei, die zugreifen kann, statt hilflos zuschauen zu müssen, wenn die geschriebenen oder ungeschriebenen Regeln unseres Gemeinwesens mit Füßen getreten werden.

Wo sind wir denn gelandet, wenn ältere und schwache Menschen, Frauen und Kinder heute kaum noch wagen, bestimmte Bereiche unserer Innenstädte oder Parkanlagen zu besuchen, weil sie angepöbelt, belästigt und bedroht werden?

Recht sichert Freiheit, und dazu gehört ganz schlicht die Freiheit der Bewegung auch in unseren Innenstädten, auch in un-

seren Parkanlagen und auch für ältere und schwächere Menschen.

Von der SPD hören wir in schönem Einklang mit den Grünen immer wieder: Die Polizei muß sich auf die schweren Verbrechen konzentrieren und die „Kleinkriminalität“ links liegen lassen. Welch eine hanebüchener Unfug! Die Bürger sind gerade durch Alltags- und Massenkriminalität bedroht. Kriminelle Karrieren beginnen mit sogenannten „kleinen“ Verstößen. Größere Verstöße folgen in aller Regel, wenn man vor den kleineren die Augen verschließt, statt entschieden den Anfängen zu wehren.

An den Taten messen

Und unbestritten ist auch: Alltags- und Massenkriminalität von Taschen- und Laddendiebstahl bis hin zu Hüchenspielen oder illegalen Blumen- und Zigarettenverkäufen und der Beschaffungskriminalität Drogensüchtiger sind zum großen Teil die untersten Stufen organisierter Kriminalität, die hierauf ihre Milliarden Gewinne aufbaut.

Heute, kurz vor der Wahl, versuchen sich die Herren Schröder und Glogowski in schönen Sonntagsinterviews als Hilfssheriffs aufzuspielen. Die Menschen aber werden sie an ihren Taten messen, genauso wie dies die Menschen in Hamburg bei der Wahl getan haben.

Täglich aktuell

Die Bundesgeschäftsstelle bietet für das Wahljahr einen neuen Service an. Unter der Telefaxnummer:

01 80-5-21 35 00

können mit dem Faxgerät seit Anfang Februar täglich aktuelle politische Informationen abgerufen werden (Gebühr: DM 0,46/min.).

Innenminister beschließen Kanthers Sicherheitsnetz

Die von Bundesinnenminister Manfred Kanther im Herbst letzten Jahres ins Leben gerufene Initiative „Sicherheitsnetz“ für eine effizientere und verbesserte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität auf allen Ebenen ist von den Innenministern der Länder auf ihrer letzten Sitzung am 2. Februar in Bonn voll bestätigt worden.

Die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern verständigten sich darauf, ihre Bemühungen in diesem Aufgabefeld zu verstärken und das partnerschaftliche Zusammenwirken insbesondere mit den Kommunen und der Justiz verstärkt zu pflegen.

Die Innenministerkonferenz faßte einen Beschluß, der die folgenden Kernpunkte umfaßt:

1. Zur Eindämmung von Kriminalität ist gegen ihre vielfältigen Ursachen genauso entschlossen vorzugehen wie gegen kriminelle Handlungen.

2. Kriminalitätsprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist in enger Kooperation von allen staatlichen und privaten Institutionen und ganz besonders auch auf kommunaler Ebene wahrzunehmen. Dem Erziehungsauftrag der Familien, Schulen und Kirchen kommt nach Ansicht der Innenministerkonferenz für die gesellschaftliche Wertevermittlung eine besondere Verantwortung zu.

3. Durch verstärkte sichtbare Präsenz aller Sicherheits- und Ordnungsbehörden soll

den Bürgern wieder ein stärkeres Gefühl der Sicherheit vermittelt werden. Hierfür bedarf es der partnerschaftlichen Vernetzung und Kooperation, z. B. der Ordnungs-, Ausländer-, Jugend- und Sozialämter mit Polizei und Justiz, aber auch der Wohnungsunternehmen oder der Verkehrsbetriebe. Empfohlen werden gemeinsame Streifen von Polizeibeamten und Mitarbeitern von Ordnungsbehörden ebenso wie die verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Bundesgrenzschutz im Bereich gefährdeter Bahnhöfe und von öffentlichem Nahverkehr.

4. Die öffentliche Ordnung ist ein schützenswertes Gut. Es ist verstärkt darauf zu achten, daß alltäglichen, stark belästigenden Verhaltensweisen – wie z. B. aggressivem Betteln, Lärmen, Verunreinigungen öffentlichen Verkehrsraums u. a. – durch eine niedrigere Einschreitschwelle konsequent entgegengewirkt werden soll.

5. Die Polizei muß bürgernah orientiert, d. h. schnell erreichbar und präsent sein. Der Streifenbeamte muß verstärkt den Kontakt mit dem Bürger suchen. Der Einsatz von Kontaktbeamten und Fußstreifen ist zu verstärken.

6. Gewerbliche Bewachungsunternehmen können und sollen Polizeiarbeit nicht ersetzen, können sie aber wirksam unterstützen.

7. Die illegale Zuwanderung und der illegale Aufenthalt von Ausländern müssen wegen des damit vielfach verbundenen Imports von Kriminalität, aber auch wegen

der begrenzten Aufnahmekapazität Deutschlands und zur Erhaltung des sozialen Friedens mit allem Nachdruck unterbunden werden. Hierzu ist eine verstärkte Zusammenarbeit von Bundes- und Landespolizeien erforderlich. Eine unverzügliche Datenübermittlung durch die Ausländerbehörden und das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge an das Ausländerzentralregister ist dringend geboten, damit für die zahlreichen Nutzer des Registers stets aktuelle und zuverlässige Daten zur Verfügung stehen.

8. Die Justiz muß ihren Teil zum Gelingen beitragen. Dies gilt insbesondere für die Gebiete der Jugendgerichtsbarkeit und Bewährungshilfe im Haftrecht, aber auch für die Schnelligkeit der Verfahren im Bereich der einfachen Kriminalität. Deshalb soll vom beschleunigten Verfahren mit Hauptverhandlungshaft mehr Gebrauch gemacht werden. Gerade im Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenz soll die Strafe der Tat möglichst schnell auf dem Fuße folgen. Das bestehende Untersuchungshaftrecht muß konsequent angewandt werden. Auf Straftaten Heranwachsender soll grundsätzlich das allgemeine Strafrecht Anwendung finden, die Opferinteressen müssen stärker Berücksichtigung finden.

9. Im Rahmen einer weiteren Verstärkung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Landespolizeien mit den kommunalen Behörden wird auch der BGS – Bahnpolizei – für Erhöhung seiner Präsenz an den Brennpunkten seinen Personalbestand weiter ausbauen.

10. Die Länder werden für die Grundgedanken der Sicherheitspartnerschaft im kommunalen Bereich weiterhin intensiv werben, mit den Ziel, sie dort fest zu verankern.

Nach Ansicht von Bundesinnenminister Manfred Kanther zeigt die große Zustimmung der Innenminister, daß es endlich gelungen ist, parteiübergreifend Verständigung darüber zu finden, daß schon gegen die Einstiegs- und Kleinkriminalität endlich konsequent eingeschritten werden muß, um dem Verbrechen den Nährboden zu entziehen. Der Kernpunkt des Sicherheitsnetzes, die entschlossene Verfolgung aller Straftaten, auch der in der Vergangenheit – bedauerlicherweise – häufig als Bagatelldelikte bezeichneten Straftaten ist ein wichtiger Ansatz.

Alle Stellen, gerade auf der kommunalen Ebene – Ordnungsämter, Ausländerämter, Gewerbeaufsichtsämter u. a. – können und müssen daran mitwirken, dies gilt selbstverständlich auch für die Bürger. Jeder kann seinen Beitrag leisten.

Kommentar

Überfälliger Vorstoß

Man glaubt es kaum, aber unsere politische Klasse ist auch im Wahljahr zu parteiübergreifenden Handlungen fähig.

Die Innenminister-Konferenz hat sich auf die „Aktion Sicherheitsnetz“ geeinigt.

Man will das Vorfeld der Kriminalität gemeinsam und wirkungsvoller als bisher bekämpfen.

Nicht ganz so rigide wie in USA. In keiner unserer Städte ist die Lage so schlimm, wie sie in New York war. Und anders als dort können und wollen wir nicht 18 neue Gefängnisse bauen.

Jedoch: Gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern gegen die zunehmende Kriminalität war überfällig.

Bleibt nur zu hoffen, daß die Aktion Sicherheitsnetz mehr sein wird als eine Parole. Sicherheit mit Augenmaß.

Bild

Zum Standort Deutschland gehört auch ein soziales Deutschland

Arbeitsschwerpunkte und Probleme in den Bundesländern diskutieren und von gegenseitigen Erfahrungen z. B. bei der Umsetzung der Pflegeversicherung und bei der Arbeitsmarktpolitik lernen, war das Ziel eines Gesprächs, zu dem der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz, am 22. Januar ins Konrad-Adenauer-Haus eingeladen hatte.

Zu dem Gespräch kamen die Mitglieder des Bundesfachausschusses mit den Vorsitzenden der Landesfachausschüsse Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik sowie die sozial- und gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen in den Ländern.

Hermann-Josef Arentz: „Wir müssen das Rad nicht ständig neu erfinden. Deshalb wollen wir unsere Arbeit auf den verschiedenen Ebenen noch besser miteinander vernetzen und koordinieren.“ Dazu zählt beispielsweise die im Leitantrag „Projekt Zukunftschancen“ auf dem 9. Parteitag der CDU Deutschlands verabschiedete und vom Bundesfachausschuß schon mehrfach erhobene Forderung, daß für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren Arbeit oder Qualifikation absoluten Vorrang vor der Zahlung von Sozialhilfe haben muß.

Nahezu übereinstimmend stellten die CDU-Sozialexperten fest, daß bei roten oder rot-grünen Landesregierungen die Umsetzung der Pflegeversicherung außerordentlich lieblos und lahm erfolgt. Dies muß auch im Wahlkampf mit voller Wucht aufgegriffen werden.

SPD: Obstruktion statt Kooperation

Ähnlich zögerlich verläuft in den SPD-Ländern die Umsetzung des Asylbewer-

berleistungsgesetzes und die Sozialhilfereform. Nach dem reformierten Bundessozialhilfegesetz soll die Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern nachdrücklich gefördert werden, und zwar sowohl über Einarbeitungs- und Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber, die Sozialhilfebezieher beschäftigen, als auch über Kürzung der Sozialhilfe bei Verweigerung der Hilfe zur Arbeit. Aus ideologischen Gründen leisten jedoch auch in dieser Frage viele SPD-Länder Obstruktion statt Kooperation. Ein wichtiges Anliegen vieler CDU-Landtagsfraktionen ist die Aufwertung des

Generalsekretär Peter Hintze: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird eines der entscheidenden Themen im kommenden Bundestagswahlkampf sein. Es muß jetzt darum gehen, die Wirtschafts- und Sozialkompetenz der Union herauszustellen.

Ehrenamts. In Rheinland-Pfalz hat die CDU auf einem Fachkongreß eine Initiative zur Förderung des Ehrenamts gestartet. In Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen laufen ebenfalls entsprechende Aktivitäten.

Einig waren sich die Ländervertreter, daß das neue Insolvenzrecht in den Bundesländern zügig umgesetzt werden muß. Noch fehlt es aber in den Ländern an den dazu erforderlichen Landesregelungen und Beratungsstellen. Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik,

Hermann-Josef Arentz, kündigte an, daß sich der Bundesfachausschuß in seiner nächsten Sitzung mit diesem Thema intensiv befassen wird.

Ebenfalls unterstützt wird von den Landesfachausschußvorsitzenden und Sprechern der Beschluß des Bundesfachausschusses, Beschäftigungsverhältnisse in Dienstleistungszentren in das seit 1997 bestehende Haushaltsscheckverfahren einzu beziehen. In einigen Bundesländern bestehen bereits Dienstleistungsagenturen, die eine rege Nachfrage verzeichnen.

Problematisch stellt sich in fast allen Bundesländern der Betten-Abbau in den Krankenhäusern dar. In Rheinland-Pfalz werden ohne erkennbare Konzeption 3.500 Betten abgebaut, in Nordrhein-Westfalen sogar 7.500. Dazu kommt eine geradezu unverantwortliche Politik der finanziellen Aushungerung der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen.

Begrüßt wurden die Ländervertreter und Bundesfachausschußmitglieder von Generalsekretär Peter Hintze. Er nannte die Initiative des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik zur Vernetzung der Sozialpolitik in Bund und Ländern beispielhaft. Der Generalsekretär betonte, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eines der entscheidenden Themen im kommenden Bundestagswahlkampf sein wird. Es müsse nun darum gehen, die Wirtschafts- und Sozialkompetenz der Union herauszustellen.

Eindrucksvolle Bilanz der Regierungsarbeit

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm stellte die eindrucksvolle Bilanz der CDU-geführten Bundesregierung in der Arbeits- und Sozialpolitik vor. Zuallererst nannte er die Pflegeversicherung. 450.000 Menschen in stationärer Pflege und 1,2 Millionen Menschen in ambulanter Pflege profitieren von der Einführung der Pflegeversicherung. Größter Erfolg sei, daß Pflegebedürftige zunächst zu

Hause gepflegt würden. Nachbarschaftsinitiativen, Sozialstationen und engere familiäre Bindungen haben sich gebildet. Eine Umfrage ergab, daß 80 Prozent der Bezieher von Leistungen aus der Pflegeversicherung zufrieden sind, für 67 Prozent der Befragten ist die Pflegeversicherung Ansporn, Familienangehörige zu Hause zu pflegen. Und auch auf dem Arbeitsmarkt hat die Pflegeversicherung Wirkung gezeigt: Heute sind bereits 75.000 neue Arbeitsplätze im Bereich der Pflege entstanden.

Bundesminister Blüm warnte allerdings davor, die Ende November vorhandene Rücklage der Pflegeversicherung in Höhe von 9 Milliarden DM anzutasten. Anders als in der Rentenversicherung, die durch den Bundeszuschuß gestützt wird, in der Arbeitslosenversicherung, für die der Bund die Defizithaftung übernimmt, oder in der Krankenversicherung, die Beiträge festsetzen kann, muß die Pflegeversicherung mit einem Beitragssatz von 1,7 Prozent auskommen. Eine Rücklagenbildung ist daher zunächst zu empfehlen.

Zur Rentenversicherung erläuterte Norbert Blüm kurz die bislang umgesetzten Reformen. Besonders die großzügigen Sozialplanregelungen in den vergangenen Jahren hätten zu einer enormen Belastung der Rentenversicherung geführt. Ohne Rentenreformen würde der Beitragssatz heute statt bei 20,3 Prozent bei 27 Prozent liegen, die Standarddeckrente würde statt rund 1.900 DM heute 2.500 DM betragen. Norbert Blüm verwies aber auch auf die Notwendigkeit, die gesetzliche Rente durch private Altersvorsorge zu ergänzen.

Zahlreiche neue Instrumente wurden in den vergangenen Jahren in der Arbeitsförderung eingesetzt. Dazu zählt der Eingliederungsvertrag – Übernahme von Lohnfortzahlungskosten für Langzeitarbeitslose –, der aber von den Unternehmen bislang noch nicht vollständig angenommen worden sei. Darüber hinaus wurde die Zu-

„Literatur in der Diktatur“

Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus

Günther Rüter (Hrsg.)

1997. 508 Seiten, kart. DM 29,80

ISBN 3-506-77365-8

In den zwei deutschen Diktaturen dieses Jahrhunderts hat die Literatur eine überaus schwierige, zwischen Systemstabilisierung und Systemkritik, zwischen Opportunismus und Opposition schwankende Rolle gespielt. Unter der braunen wie der roten Diktatur gab es Schriftsteller, die zwar nicht oder nur für kurze Zeit der „Faszination durch Macht“ (Heiner Müller) erlagen, aber dennoch „in Ketten tanzten“ (Nietzsche), um das Regime mit Hilfe leiser Kritik zu läutern. Aus welchen biographischen, moralischen, politischen Gründen

blieben und schrieben sie in der Diktatur? Ist, wie Volker Braun behauptet hat, die Diktatur wirklich ein Land, in dem man am besten schreiben, aber am schlechtesten publizieren kann? Und: Gibt es Analogien zwischen literarischen Schreibweisen im „Dritten Reich“ und in der DDR?

Der Band, der sich an Germanisten, Politologen, Historiker und an ein interessiertes Fachpublikum richtet, ist intendiert als literarhistorisches Kompendium, in dem die spezifischen historischen und politischen Rahmenbedingungen der Literatur in der Diktatur des „Dritten Reiches“ und der DDR-Diktatur untersucht werden.

Verlag Ferdinand Schöningh GmbH
Postfach 25 40, 33055 Paderborn

mutbarkeitsverordnung durch Wegnahme des Berufsschutzes verändert.

Mit großem Beifall unterstützten die Ländervertreter und Bundesfachausschußmitglieder die Aussage des Bundesarbeitsministers, zum Standort Deutschland gehöre auch ein soziales Deutschland. Ein Sozialstaat, der sich nur auf Bedürftige konzentriere, sei ein erster Schritt zum alten Obrigkeitsstaat. Sicher gehöre zum Sozialstaat auch ein Fürsorgenetz. Ein leistungs- und anreizorientiertes Sozialsystem sei aber die entscheidende Säule in der Sozialen Marktwirtschaft.

Zum Abschluß des Gesprächs betonten die Teilnehmer übereinstimmend, daß sie künftig regelmäßig zum Austausch mit dem Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik zusammenkommen wollen.

Unsere Elektronischen Adressen:

- **INTERNET:**
<http://www.cdu.de>
- **T-ONLINE:** *CDU#
- **X 400:** c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund
- **E-MAIL:** post@www.cdu.de

SPD hat den 13. August als Tag des nationalen Gedenkens entdeckt

Zur anhaltenden Debatte um den Zeitpunkt des öffentlichen feierlichen Gelöbnisses in Berlin erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik, Paul Breuer:

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, hat Ort und Zeitpunkt des öffentlichen feierlichen Gelöbnisses von Wehrpflichtigen der Bundeswehr in Berlin als falsch kritisiert. Nach seiner Auffassung werde die Berliner SPD voraussichtlich nicht am Gelöbnis teilnehmen, sondern statt dessen an einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Mauerbaus teilnehmen.

Es ist schon erstaunlich, daß die Sozialdemokraten den 13. August inzwischen als

Tag des nationalen Gedenkens entdeckt haben und der Berliner SPD-Fraktionsvorsitzende Böger seine Teilnahme an einer Gedenkfeier zum Mauerbau der Teilnahme am feierlichen Gelöbnis vorzieht. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, daß die Jungsozialisten in den 70er Jahren vehement gegen Gedenkveranstaltungen der Jungen Union im Zusammenhang mit dem Bau der Mauer zu Felde gezogen sind und sie als „Veranstaltungen der Ewig-Gestrigen“ gebrandmarkt haben.

Die damaligen Funktionsträger der Jungsozialisten sind die Verantwortlichen der SPD von heute. Ich würde mir wünschen, wenn die Sozialdemokraten in zentralen Fragen der deutschen Politik so viel Flexibilität und Lernfähigkeit beweisen würden wie im vorliegenden Fall.

Stichwort:

Feierliches Gelöbnis

Beim feierlichen Gelöbnis legen die Soldaten ihr Treuebekenntnis zur Bundesrepublik ab. Dazu treten sie entweder auf einem öffentlichen Platz oder in einer Kaserne an. Dabei sein können Angehörige und Vertreter der Öffentlichkeit.

Bundesverteidigungsminister Volker Rühle sieht in dem Gelöbnis eine würdevolle, mit einem schlichten militärischen Zeremoniell verbundene Veranstaltung. Es sei Teil der Tradition der Bundeswehr und fester Bestandteil der Kultur des demokratischen Deutschland.

Die Rekruten sprechen dem Kommandeur die Gelöbnisformel nach. Sie lautet nach dem Soldatengesetz: „Ich gelobe, (für Zeit- und Berufssoldaten: Ich schwöre,) die Bundesrepublik Deutschland und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Die Zeremonie dauert im Durchschnitt eine dreiviertel Stunde.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sind für dieses Jahr etwa 100 öffentliche Gelöbnisse zeitlich und örtlich festgelegt. 66 davon werden außerhalb von Kasernen stattfinden. Insgesamt wird es nach Auskunft des Ministeriums in diesem Jahr an die 500 Gelöbnisse geben, von denen rund 100 auf zentralen Plätzen in Städten und Gemeinden stattfinden.

Bohl: Unüberlegte Äußerungen

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärt zu der Spekulation des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, im Falle einer Amtsübernahme als Bundeskanzler den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin beschleunigen zu wollen:

Bundeskanzler Helmut Kohl Belehrungen bei den Vorkehrungen für den Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin erteilen zu wollen, ist albern und lächerlich.

Der Planungs- und Baudurchführungsstand der Parlaments- und Regierungsbauten in Berlin entspricht in vollem Maße den Umzugszielen von Parlament und Bundesregierung. Schröders Vorschlag, bereits unmittelbar nach der Wahl im September die Hälfte der Regierungstätigkeit nach Berlin zu verlegen, macht keinen Sinn, weil sich der Bundestag zu diesem Zeitpunkt noch in Bonn befindet.

Der Umzug der Bundesregierung richtet sich nach der Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages in Berlin. Der Deutsche Bundestag übernimmt das Reichstagsgebäude in einem offiziellen Akt im April 1999 und nimmt mit Beginn der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause 1999 seine volle parlamentarische Arbeit in Berlin auf.

Parallel dazu nimmt die Bundesregierung in Berlin ihre Arbeit auf. Die Bundesregierung ist voll im Zeitplan. Der Bundeskanzler hat z. Z. Arbeitsräume in der Berliner Dienststelle des Bundeskanzleramtes am Schloßplatz 1. Auch bezüglich des Kanzleramtneubaues wird der Zeitplan exakt eingehalten. Herr Schröder wird durch seine vollmundigen Erklärungen die fest vereinbarten und vorgesehenen Bau-

fortschritte nicht außer Kraft setzen können.

Schröder beweist mit seinen unüberlegten Äußerungen einmal mehr seine Unzuverlässigkeit. Erst einen Tag zuvor kündigte er an, bei einem SPD-Wahlsieg keine „Bonner Mark“ zusätzlich für Berlin ausgeben zu wollen. Die konzeptionslose Sprunghaftigkeit Schröders ist einfach nicht zu überbieten.

* * *

Forschung ist der Schlüssel für Arbeit

Zur Situation der deutschen Forschungslandschaft erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Eine Vielzahl von Wissenschafts- und Technologieindikatoren zeigt ein deutlich positives Bild der Entwicklung des Forschungsstandortes Deutschland. Der Prozeß der Neuorientierung zu mehr Wettbewerb und Flexibilität zeigt bereits Erfolge. Das Innovationspotential, das in der deutschen Forschungslandschaft steckt, wird in zunehmendem Maße aktiviert. Dieser Weg muß konsequent fortgesetzt werden, denn die technologische Leistungsfähigkeit und Innovationskraft sind der Schlüssel für den Erhalt von Beschäftigung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland.

Die deutsche Forschungslandschaft ist gut! Der Bundesforschungsbericht 1996 und die Studie zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 1997 belegen eindrucksvoll den hohen Stand. Forschung ist aber nichts Statisches, sondern muß sich immer wieder den wechselnden Herausforderungen stellen. Strukturen müssen sich anpassen – auch wenn schmerzhaftere Einschnitte erforderlich sind, z. B. als Folge von Evaluationsergebnissen.

Es gibt keine Alternative: wir müssen an der Spitze des Fortschritts mithalten, nur dann können wir ihn gestalten, können wir Zukunft möglich machen. Innovationsstrategien müssen systematisch und mit Ausdauer verfolgt werden. Gemeinsames Handeln von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat, wie z. B. im Technologierat beim Bundeskanzler, hat sich bewährt.

Die deutsche Forschungslandschaft befindet sich im kreativen Umbruch. Die Maßnahmen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, wie z. B. der höchst erfolgreiche BioRegio-Wettbewerb oder der zur Zeit laufende Wettbewerb „Existenzgründer aus Hochschulen“ zeigen Wirkung. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Existenzgründerkongreß in Hannover ein hervorragendes Auftaktsignal gegeben, wie man das vorhandene Ideenpotential in Arbeitsplätze umsetzen kann. Forschung und Technologie liefern hierzu einen wesentlichen Beitrag, sei es im High-tech-Bereich oder im immer wichtiger werdenden Dienstleistungssektor.

* * *

Paul Breuer: Ein Schlag ins Wasser

Zum Ergebnis der ersten Sitzung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Der Verlauf der ersten Zeugeneinvernahme im parlamentarischen Untersuchungsausschuß hat bestätigt, daß die vom BMVg vorgelegten Berichte umfassend und überzeugend abgefaßt sind. Die Zeugenbefragung hat in keinem Punkt neue Erkenntnisse gebracht.

Unsere Einschätzung, daß die normalen parlamentarischen Verfahren ausgereicht hätten, die bekannten Vorfälle zu untersu-

chen, wird damit bestätigt. Eines Untersuchungsausschusses hätte es nicht bedurft. Natürlich sind Fehler in der Bundeswehr gemacht worden. Das haben wir nie bezweifelt. Ihre Aufarbeitung ist notwendig, aber nicht mit diesem Aufwand und als Schaubühne für einen Rechtsterroristen.

Es ist scheinheilig, wenn die SPD jetzt behauptet, daß sie den „Ruf der Bundeswehr“ wieder herstellen wolle. Der Ruf der Bundeswehr muß nicht wieder hergestellt werden, weil er nicht ramponiert worden ist.

Wollte man gestern noch die Bundeswehr einem Generalverdacht aussetzen, so wird schon jetzt klar, daß es keine strukturellen Mängel oder rechtsradikale Tendenzen in der Bundeswehr gibt, sondern lediglich einzelne Fälle, die die Bundeswehr mit ihren eigenen Mitteln aufklären und ahnden kann.

Es bestätigt sich einmal mehr: Der demokratische, weltoffene und kooperative Geist der Führungsakademie hat sich bestätigt. Die Bundeswehr ist nicht das Problemkind der Demokratie, sondern deren Beschützer.

* * *

Beim Ausfüllen der Erhebungsbogen spürbar entlastet

Anläßlich der Beratung des Agrarstatistikgesetzes im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset:

Mit der Änderung des Agrarstatistikgesetzes werden rund 550.000 Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft künftig beim Ausfüllen agrarstatistischer Erhebungsbogen spürbar entlastet. Sie haben weniger Fragen zu weniger Terminen zu beantworten. Der Gesetzentwurf wurde von der

Bundesregierung im Rahmen ihres Programmes zur Verschlinkung des Staates eingebracht. Der Ausschuß hat dem Entwurf mit weiteren die Agrarstatistik zurückführenden Änderungen zugestimmt. Von den bisher insgesamt 850.000 Meldepflichtigen brauchen etwa 300.000 Kleinstbetriebe und sonstige Erhebungseinheiten ab 1999 überhaupt keine Angaben mehr zu Anbauflächen, Viehbeständen, Arbeitskräften und sonstigen betrieblichen Merkmalen zu machen.

Bei dem Gesetz geht es insbesondere um die Zusammenlegung der Basiserhebungen. So erfolgt die Integration der bisher gesondert durchgeführten Weinbauerhebung in die für 1999 anzuordnende Landwirtschaftszählung. Doppelbefragungen werden durch die Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten für statistische Zwecke zukünftig vermieden. Außerdem wird die Zahl der abzutragenden Merkmale verringert, und die unteren Erfassungsgrenzen in der Agrarstatistik werden harmonisiert. Diese Änderungen führen zu Kosteneinsparungen bei Bund und Ländern in Höhe von mehr als 2,2 Mill. DM pro Jahr. Das Erhebungsprogramm wird außerdem so umgestaltet, daß zukünftig auch Angaben zum ökologischen Landbau zur Verfügung stehen.

Trotz der Einschränkungen und Rationalisierung wird die Agrarstatistik auch künftig ihrem Auftrag gerecht, die datenmäßigen Grundlagen zur Vorbereitung agrarpolitischer Entscheidungen und anschließender Politikkontrolle bereitzustellen.

* * *

Fairer Ausgleich für die Bauern

Zur Debatte zum Bundesnaturschutzgesetz und zu Ausgleichsregelungen für die Landwirtschaft erklärte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Hans-Peter Repnik:

Durch ein neues Entschädigungsrecht wollen wir den Ausgleich von Ertragsverlusten gesetzlich regeln, wenn Auflagen für Landwirte über die allgemeinen Regeln hinausgehen.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben die große Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz von der ersatzlosen Streichung des Entschädigungsanspruchs abhängig gemacht.

Dieses wichtige Gesetz ist deshalb endgültig gescheitert.

In der „kleinen Novelle“ geht es um den Schutz von Naturschutzgebieten von europaweiter Bedeutung. Diese Gebiete müssen Brüssel gemeldet werden.

Wir brauchen im Naturschutzrecht einen fairen finanziellen Ausgleich für unsere Bauern. Ohne ein besseres Entschädigungsrecht gibt es ständige Konflikte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft.

Die Tatsache, daß die Länder Naturschutzflächen in eigener Verantwortung ausweisen, muß zur Konsequenz haben, daß auch sie – die Länder – für die Entschädigung der Betroffenen aufkommen müssen.

Der Aushöhlung des Eigentums werden wir einen Riegel vorschieben. Ordnungspolitisch kann es nicht angehen, daß bei Naturschutzauflagen, die die Länder finanziell nicht ausgleichen wollen, die Bauern bluten müssen. Das entspricht nicht unserem Gerechtigkeits-sinn.

Wenn SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Vermittlungsausschuß weiter stur bleiben und zeigen, daß sie für Landwirte nichts übrig haben, werden wir uns der rechtlichen Verpflichtung, EU-Recht umzusetzen, nicht entziehen.

Argumente

Zum

Religionsunterricht an öffentlichen Schulen

Das Beispiel Brandenburg mit dem Pflichtfach „LER“ (Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde) zeigt es ganz deutlich:

Der Versuch einer tiefgreifenden Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche wird mit dem Kampf gegen den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen bestritten.

Ungeeignetes Mittel

Dabei verfolgen Teile der FDP mit einem liberalen Ansatz und Grüne sowie Teile der SPD mit einem multikulturellen Ansatz das Ziel einer „freien Kirche im freien Staat“ bzw. einer „gütlichen Trennung von Staat und Kirche“.

Der Religionsunterricht ist als Mittel zu diesem Zweck jedoch ungeeignet. Er ist nämlich nicht aus dem Staatsrecht abgeleitet, sondern im Grundgesetz verankert.

Dort heißt es in Artikel 7, Absatz 3:

„Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.“

Sehr wichtig:

Das Grundgesetz garantiert also nicht nur einfach das Lehrfach Religion, sondern einen Religionsunterricht, der nach den „Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ zu erteilen ist.

Beweislast für eine Abschaffung des Religionsunterrichts und Aufwand für das Zustandebringen einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit wäre demnach Sache derer, die es in Zukunft anders haben wollen.

Ansonsten gilt nach wie vor:

1 In einer Zeit tiefgreifenden Wandels und zunehmender Geschwindigkeit von Veränderungen müssen diejenigen, die die Zukunft aktiv mitgestalten wollen, wissen, wohin die Reise geht, ist Orientierung aber ein knappes Gut.

2 Religion orientiert. Zu freier Entscheidung befähigt aber gleichzeitig die christliche Tradition. Sie hat die veränderungswilligste aller Kulturen hervorgebracht und bietet Lebensweisen an, die im Wandel sicheren Halt geben.

3 Zum schulischen Erziehungsauftrag, nach dem bereits Kinder befähigt werden sollen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, trägt wesentlich der Religionsunterricht bei. Er hilft, richtige Fragen zu stellen und Scheinwahrheiten aufzubrechen. Er vermittelt weder gedankenlosen Glauben noch läßt er zu, daß aus Pluralismus Gleichgültigkeit wird.

4 Der freiheitliche, an sich bekenntnisneutrale Staat verzichtet zwar darauf, letzte Grundüberzeugungen vorzuschreiben. Dieser Verzicht bedeutet aber nicht, daß ihm religiöse Überzeugungen gleichgültig sein müssen.

Der frühere Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde schrieb dazu: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Daraus ergibt sich ein doppeltes Interesse: Der freiheitliche Staat braucht einen breiten öffentlichen Konsens über die Grundwerte, die ihn tragen. Und er braucht Menschen, die für die Lebendigkeit und Gültigkeit dieser Werte sorgen.

Mit der Unverletzlichkeit der Freiheit des Glaubens und Gewissens garantiert das Grundgesetz (Artikel 4) das religiöse und weltanschauliche Bekenntnis.

Religionsunterricht ist ein normales Unterrichtsfach in fast allen Ländern der Bundesrepublik. Das Fach wird an Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen, an Gymnasien, an beruflichen Schulen und an Sonderschulen unterrichtet. Wie in anderen Fächern gibt es Lehrpläne, Schulbücher und Zensuren. Erteilt wird der Religionsunterricht von staatlich geprüften Lehrern und Lehrerinnen. Die Organisation der Religionsunterrichts wird wie bei anderen Fächern von den Schulverwaltungen der jeweiligen Bundesländer entsprechend der Landesverfassung durchgeführt. Für die Inhalte sind jedoch nicht die staatlichen Stellen verantwortlich, sondern nach Artikel 7, Absatz 3 des Grundgesetzes die jeweilige Religionsgemeinschaft, also die evangelische oder katholische Kirche.

Der freiheitliche Staat läßt deshalb als ordentliches Unterrichtsfach auch den Religionsunterricht zu und gibt Religionslehrerinnen und –lehrern denselben Status wie allen anderen Lehrern auch.

5 Im Zeichen „positiver Religionsfreiheit“ erhalten junge Menschen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Verantwortung der Kirche bzw. Konfession, in der sie zu Hause sind.

So ist der staatlich organisierte und kirchlich mitverantwortete Religionsunterricht eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Kirche.

Und: Auch in der pluralistischen Gesellschaft kann für die Mehrheit der Bevölkerung das Christentum die lebendige Leitkultur bleiben.

6 Die Differenzierung des Religionsunterrichts nach verschiedenen Konfessionen ist Pluralität auf der Stundentafel der Schule. Sie hebt aber die Gültigkeit eines Bekenntnisses nicht auf. Ein Fach wie LER dagegen, das – auch in gut gemeinter Neutralität – verschiedene Religionen und deren Anschauungen nur darstellt, kann die Verbindlichkeit religiöser Antworten nicht vermitteln.

VII. Eichholzer Sportforum

**Bildung und Erziehung in unserer
freiheitlichen Gesellschaft**

Zukunftsfragen des Sports in Deutschland und Europa stehen seit 1990 auf der Tagesordnung bei den Foren der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. im Bildungszentrum Schloß Eichholz. Auf dem VII. Eichholzer Sportforum wird der traditionelle Dialog mit Repräsentanten aus Sport und Politik, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien fortgesetzt.

Zu den Referenten dieser Tagung, die vom 19. bis 20. März im Bildungszentrum Schloß Eichholz, Wesseling, stattfindet, zählen u. a.:

- **Christoph Bergner**, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt,
 - **Bundesminister Friedrich Bohl**, Chef des Bundeskanzleramtes,
 - **Hans-Ludwig Grüşow**, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe,
 - **Engelbert Nelle**, Vorsitzender des Bundestagsportausschusses,
 - **Anton Pfeifer**, Staatsminister beim Bundeskanzler,
 - **Klaus Riegert**, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - **Helmut Stahl**, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.
- Außerdem werden als prominente Sportlerinnen die Welt- und Europameisterin im Siebenkampf, **Sabine Braun**, sowie die Olympiasiegerin im Speerwerfen, **Silke Renk**, in einer Podiumsdiskussion mitwirken.

Im 8. Sportbericht der Bundesregierung heißt es: „Der Sport und die ihn tragenden Sportorganisationen gehören in der Bundesrepublik Deutschland zu den stabilisierenden und wertevermittelnden Institutionen des gesamten Staatswesens, da sie für das freiheitliche Gemeinwesen Leistungen erbringen, die für den Staat unverzichtbar sind.“ Diese Feststellung gewinnt um so mehr an Bedeutung, wenn man vor allem die Leistungen wertet, die der organisierte Sport im Bereich der Förderung von Kindern und Jugendlichen erbringt.

Im Sport erfahren junge Menschen Werte und Tugenden wie Fairneß und Toleranz, Selbstverantwortung und Gemeinsinn. Einüben sozialer Verhaltensweisen, Verständnis für die Menschen anderer Kulturen, Vertrauen, Freude und Spaß – all dies wird in den Vereinen über die sportlichen Aktivitäten hinaus vermittelt. Damit schafft der Sport Rahmenbedingungen, die es Jugendlichen ermöglichen, ihr Leben eigenverantwortlich, aber auch in Verantwortung für andere zu gestalten und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Mit zahlreichen Angeboten unterstützt der Sport den Erziehungsauftrag von Eltern und Schule. Er nimmt – getragen von 2,5 Millionen ehrenamtlichen Mitarbeitern – eigenständig Aufgaben wahr, die unserem Gemeinwesen wertvolle Impulse geben, und hat Vorbildfunktion für viele andere Bereiche in unserer Gesellschaft. Der jungen Generation gibt er Halt in einer Zeit, die von tiefgreifenden Veränderungsprozessen geprägt ist. ■

CDU Westerwald würdigt die besonderen Verdienste von Heinz Heidrich

Heinz Heidrich war 37 Jahre Ortsvorsitzender des CDU-Ortsverbandes Langenhahn. Heidrich ist Jahrgang 1928 und trat 1952 als Gründungsmitglied in die Junge Union ein.

1960 wurde er Ortsverbandsvorsitzender und legte dieses Amt erst 1997 aus gesundheitlichen Gründen nieder. Heinz Heidrich war von 1956 bis 1972 Ratsmitglied in seiner Heimatgemeinde und bis 1968 zweiter Beigeordneter. Ab 1994 bis zum heutigen Tag ist er wieder 1. Beigeordneter der Ortsgemeinde und unterstützt mit seiner Erfahrung den amtierenden Ortsbürgermeister. Heidrich hatte sich umfangreiche Erfahrungen und Kenntnisse nicht zuletzt während seines beruflichen Werdegangs erworben.

Er ist Dipolomingenieur und war von 1954 bis 1970 beim Kreistieffbauamt tätig. Danach wechselte er zur Stadtverwaltung Westerburg, bevor er nach Bildung der Verbandsgemeinde Westerburg bis zu seiner Pensionierung als Leiter der Verbandsgemeindewerke tätig war.

Der Kreisvorsitzende der Westerwälder CDU, Kurt Schüler, fand in seiner Anspra-



Foto: Hofer

che anlässlich der Ehrung für 37 Jahre Ortsverbandsvorsitzender die gebührenden Worte und sprach auch noch einmal die Verdienste und das Engagement Heidrichs als Delegierter für den Kreis- und Landesparteitag an.

Nicht zuletzt und sehr herzlich gratulierte ein guter Freund, der Wahlkreisabgeordnete Joachim Hörster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz Heidrich auf dem Kreisparteitag. Hörster war nach Bildung der Verbandsgemeindeverwaltung Westerburg als Verbandsbürgermeister der Chef von Heinz Heidrich.

„Es wird wohl kaum ein CDU-Mitglied in der Bundesrepublik geben, das so lange Vorsitzender eines Ortsverbands war; dies erfüllt uns mit Stolz und veranlaßt uns zu dieser besonderen Ehrung.“

Töpfers Ämter in Nairobi: Die Vereinten Nationen haben dem früheren deutschen Bau- und Umweltminister Klaus Töpfer gleich eine ganze Flut von Ämtern übertragen. Das UN-Informationszentrum in Bonn teilte mit, Töpfer habe sein Amt als Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) angetreten. Zeitgleich habe ihn Generalsekretär Kofi Annan zum Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Nairobi ernannt. In dieser Funktion werde er bis auf weiteres auch die Leitung des UN-Zentrums für Wohnungs- und Siedlungsfragen (HABITAT) übernehmen. Auch leite Töpfer als Generaldirektor des Büros in der kenianischen Hauptstadt die in Nairobi angesiedelten Dienste und Sorge für eine gemeinsame Verwaltung von UNEP und HABITAT. Schließlich habe der UN-Generalsekretär Töpfer ersucht, den Vorsitz einer Arbeitsgruppe zu übernehmen, die Vorschläge für eine Reform und Stärkung der Arbeit der Vereinten Nationen im Umwelt- und Siedlungsbereich ausarbeiten soll.

„Schlußlicht“

**Wie Lafontaine,
Schröder & Co
den Abstieg
organisieren**

Eine Analyse der SPD-Politik in Deutschland zeigt: Lafontaine, Schröder & Co. bilden das Schlußlicht. In entscheidenden Zeiten des Umbruchs ist die SPD nicht in der Lage, die Zeichen der Zeit zu erkennen und unserem Land einen Dienst zu erweisen.

Dies war so nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, als die SPD Westintegration und Wiederbewaffnung zu blockieren versuchte. Es war so bei der Deutschen Einheit, die sie nur aufgrund des Drucks aus der Bevölkerung halbherzig mitgetragen hat.

Auch in der Europapolitik, bei der Schaffung der Europäischen Union, die die Voraussetzung für dauerhaften Frieden in Freiheit schafft, hinkt die SPD stets hinterher.

Die nun vorliegende ausführliche Dokumentation im Format DIN A4 sowie die Kurzfassung im Format DIN A5 stehen Ihnen ab sofort als Argumentationshilfen in unserem Versandzentrum zur Verfügung.

„Schlußlicht“

Kurzfassung DIN A5

Bestell-Nr.: 5324

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 27,00 DM

Schl



**Wie Lafontaine,
Schröder & Co.
den Abstieg
organisieren**

Eine Dokumentation zur SPD-Politik

**WIR GESTALTEN
ZUKUNFT! CDU**

▲ „Schlußlicht“

Dokumentation DIN A4

Bestell-Nr.: 5317

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 36,00 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft

Dokumentation des Agrarkongresses der CDU Deutschlands am 20. November 1997 in Osnabrück

Bestell-Nr.: 5326

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 21,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21



Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft

Dokumentation des Agrarkongresses der CDU Deutschlands

Am 20. November 1997 in Osnabrück

WIR GESTALTEN ZUKUNFT **CDU**

UiD

5/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.